Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 112. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Dinstag, den 7. März 1876.**

Deutschland.

Berlin, 6. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Regierungs-Rath, Professor Dr. Dove zu Berlin, den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; sowie dem Pfarrer Hertel zu Röcken im Kreise Merseburg, dem Pfarrer Fett zu Haina im Kreise Frankenberg, dem Landgerichts-Ober-Secretär, Canzlei-Rath Schmitz zu Trier und dem früheren Vorsitzenden der Direction der Altona-Kieler Eisenbahn-Gesellschaft, Kaufmann Carl Semper zu Altona, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben den Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode zu Allerhöchstihrem außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter am kaiserlich-österreichisch-königlich-ungarischen Hofe ernannt.

Se. Majestät der König hat den Ober-Steuer-Inspectoren Koppe in Lemgo, Berner in Görlitz, Carstensen in Schleswig, Meyerhoff in Lippstadt und Serger in Wittenberg, sowie dem Hypotheken-Bewahrer Kahler in Geilenkirchen den Charakter als Steuer-Rath; den Haupt-Steueramts-Rendanten Becker in Wittenberg, Binder in Elbing, Hermanni in Biebrich, Effenberger in Crefeld und Fechner in Uerdingen den Charakter als Rechnungs-Rath; dem Kreisgerichts-Secretär und Gerichtskassen-Controleur Werner in Rybnik bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Canzlei-Rath; und dem Buchdruckerei-Besitzer C. J. Schick zu Homburg v. d. Höhe das Prädicat eines königlichen Hofbuchdruckers verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben Allerhöchstihren General-Adjutanten General-Lieutenant von Schweinitz zum außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter am Kaiserlich Russischen Hofe ernannt.

Die Ernennung des Königlich baierischen Polizei-Anwalts Friedrich Herberger zum Notar in Pfaffenhofen im Landgerichtsbezirk Zabern ist auf dessen Antrag zurückgezogen. Der Notar August Purpus in Saaralben ist in den Bezirk des Landgerichts Zabern mit Anweisung seines Wohnsitzes in Pfaffenhofen versetzt und der Notariats-Candidat Heinrich Joseph Eduard Denier zum Notar für den Landgerichtsbezirk Saargemünd mit Anweisung seines Wohnsitzes in Saaralben ernannt.

Der Cataster-Controleur Stierlin zu Ottweiler ist zum Steuer-Inspector ernannt worden. — Dem Realschul-Oberlehrer Dr. Hartmann Schmidt in Görlitz ist das Prädicat „Professor" beigelegt worden. An dem evangelischen Schullehrer-Seminar zu Cammin ist der Lehrer Hecht als ordentlicher Seminar- und Musiklehrer angestellt worden. — Der bisherige Baumeister Paul Bayer in Potsdam ist zum Königlichen Landbaumeister ernannt und demselben die zweite technische Hilfsarbeiterstelle bei der Königlichen Regierung daselbst verliehen worden. — Der Kreisrichter Barkow in Pyritz ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Hechingen mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst ernannt worden.

Berlin, 6. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen gestern Mittag die Mitglieder der Expedition zur wissenschaftlichen Erforschung von West-Sibirien: den Lieutenant Grafen Waldburg-Zeil, den Dr. Finsch und den Dr. Brehm, und darauf den Staatssecretär v. Bülow, den Prof. Dr. Dove und den Bürgermeister Breslau aus Erfurt.

Heute nahmen Se. Majestät in Gegenwart des Gouverneurs und des Commandanten militärische Meldungen entgegen, empfingen Allerhöchstihren General-Adjutanten und commandirenden General des IX. Armeecorps, General der Infanterie von Tresckow, hörten hierauf den Vortrag des Geheimen Cabinetsrathes v. Wilmowski, und nahmen aus den Händen des Majoratsherrn v. Schenck-Flechlingen die Orden des verstorbenen Generals der Infanterie z. D. v. Peucker zurück.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war vorgestern im 9. diesjährigen Vortrage des Wissenschaftlichen Vereins anwesend. — Gestern wohnte Ihre Majestät dem Gottesdienste in der St. Matthäikirche bei. Beide Kaiserliche Majestäten dinirten bei Ihren Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin.

Heute besuchte Ihre Majestät die Kaiserin-Königin die Kaiserin-Augusta-Stiftung in Charlottenburg.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm am Sonnabend Vormittag militärische Meldungen entgegen und stattete um 12½ Uhr dem Professor Dr. Dove einen Gratulationsbesuch ab.

Abends 6¼ Uhr besuchte Se. Kaiserliche Hoheit die Vorstellung im Schauspielhause und folgte um 7 Uhr mit Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit der Kronprinzessin einer Einladung zum Diner bei dem französischen Botschafter Vicomte de Gontaut-Biron.

Gestern Vormittag wohnte Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit dem Gottesdienste im Dom bei und empfing später den Königlich würtembergischen Premier-Lieutenant vom Grenadier-Regiment Königin Olga, Grafen von Waldburg-Zeil. Um 5 Uhr Nachmittags nahmen Ihre Majestäten am Diner bei Ihren Kaiserlichen Hoheiten Theil. Von 6¼ Uhr ab besuchte Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz die Vorstellung im Opernhause und begab sich gegen 8 Uhr von dort in das National-Theater. (Reichsanz.)

Berlin, 5. März. [Die Ultramontanen zur Synodalordnung. — Aus der Unterrichtscommission. — Fabrik-Inspectoren. — Die Landesvermessung und der Elbe-Spree-Canal. — Abg. Eugen Richter.] Die Mitglieder des Centrums bestreiten, daß ihre Fraction bereits Stellung zur Synodal-Ordnung genommen, oder gar einen Ablehnungsbeschluß gefaßt habe. Ihr Verhalten sei durch die denkwürdige Rede Mallinckrodt's bedingt, die er bei der Berathung der hessischen Synodal-Ordnung gehalten. Die Pietät gegen den verewigten Führer gestatte dem Centrum nicht, von der Linie abzuweichen, die er damals gezeichnet. In liberalen Abgeordnetenkreisen glaubt man gut zu thun, diese Andeutungen der Clericalen nicht aufs Wort zu nehmen. Sie werden sich nur dann der Abstimmung enthalten, wenn sie nicht mit ihren Stimmen eine Majorität gegen das Gesetz zu Stande bringen können. Mit anderen Worten, sie nehmen vorläufig eine beobachtende Haltung an und zeigt der Verlauf der Abstimmungen über die einzelnen Amendements, daß sich 15 bis 20 Abgeordnete der Mittelpartei für die weitergehenden und von der Regierung nicht angenommenen Verbesserungsvorschläge erklären, so stimmt das Centrum gegen das Ganze des Gesetzes. Das Andenken Mallinckrodt's wird die Clericalen nicht von einer Abstimmung zurückhalten, die nach ihrer Meinung den Sturz des Cultusministers herbeiführen müßte. — In der gestrigen Sitzung der Unterrichts-Commission kam auch eine Petition des Kreisausschusses des Kreises Osterode zur Verhandlung. Derselbe beschwert sich zunächst über die neuen Normative für die Besoldung der Elementarlehrer in der Provinz Preußen. Da für diese Provinz durch die Schulordnung vom Jahre 1845, welche Gesetzkraft habe, die Minimalsätze festgesetzt seien, so könnten neue Minimalsätze genereller Natur nur wieder durch das Gesetz normirt werden, wenn sie die zur Unterhaltung der Schulen Verpflichteten binden sollen. Die Commission beschloß an das Ministerium die Aufforderung zu richten, dasselbe möge bei der Vertheilung jener im Etat ausgeworfenen Summe die Gutsbezirke nicht principiell ausschließen, sondern sie wie die übrigen Landschulgemeinden in Bezug auf Staatssubvention behandeln. Wo die localen Verhältnisse es zuließen, erlaube jene Schulordnung der Regierung eine Aufbesserung der Lehrergehälter durch die Schulgemeinden zu verlangen. An zweiter Stelle beschwerte sich der Kreisausschuß darüber, daß bei den Aufbesserungen der Lehrergehälter die Gutsbezirke zwar herangezogen seien, dagegen aber grundsätzlich oder doch thatsächlich keinen Theil an den im Staatshaushaltsetat zur Aufbesserung der Lehrergehälter ausgeworfenen Mitteln erhalten hätten, weil sie von vornherein für leistungsfähig betrachtet waren. — Schon bei Berathung des Etats pro 1875 fragte der Abgeordnete Kalle den Handelsminister Dr. Achenbach, welche Absichten die Reichs-Regierung bezüglich des Instituts der Fabrik-Inspectoren habe. Der Handelsminister äußerte, daß die Angelegenheit beim Reiche erst in der Vorarbeitung sei, daß er hingegen insofern Stellung genommen habe, als er es für nöthig erachte, die Competenz jener Beamten zu erweitern und somit höhere Ansprüche an ihre wissenschaftliche und technische Vorbildung zu stellen. Diese für die Industrie hochwichtige Frage wurde wieder in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 29. Februar c. angeregt. Der Abg. Seyffardt machte darauf aufmerksam, daß die Remunerationen, wie sie etatsmäßig vorgesehen seien, ungenügend erschienen, um so vielseitig gebildete Fabrikinspectoren dauernd an ihr Amt zu fesseln. Der Abg. Kalle wies andererseits darauf hin, daß man von jenen Herren neben der erhöhten wissenschaftlich-technischen Bildung Menschenkenntniß und Tact zu fordern habe, und daß also, da das Vorhandensein der letzteren Eigenschaften sich nur durch die Praxis nachweisen lasse, der definitiven Anstellung stets eine Probezeit vorhergehen müsse. Der Handelsminister erwiderte auf diese Bemerkungen, daß er die Fabrikinspectoren wesentlich als Berather der Arbeitgeber und Arbeiter betrachte, daß ihnen polizeiliche Executiv-Gewalt nur in Bezug auf die Bestimmungen über die Kinderarbeit zustehe und daß die ganze jetzige Einrichtung überhaupt nur als ein Versuch anzusehen sei. Es sei bis jetzt kein Beamter vor zurückgelegter Probezeit angestellt. Der Dotationsfrage werde man näher treten müssen, sonst aber könne er constatiren, daß schon heute hervorragende Kräfte sich der Staatsregierung zur Verfügung gestellt hätten. In Abgeordnetenkreisen glaubte man, daß die Industriellen vorläufig noch abwarten müssen, in wie weit die Intentionen der Staatsregierung ausgeführt werden. Indessen ist nicht zu verkennen, daß die Klagen der Fabrikanten über verständnißlose büreaukratische Behandlung vieler Dinge, besonders des Concessionswesens, berechtigt gewesen seien. Indem die Regierung die betreffende Reform anbahnt, wird das Abgeordnetenhaus gut thun, die weiteren Schritte zu controliren. — Die Uebertragung der Landesvermessung an das Reich war Gegenstand der jüngsten Berathung der Budgetcommission. Man sprach sich allseitig zu Gunsten jener Position aus, welche die Leistung einer Pauschsumme aus dem preußischen Etat an das Reich für diesen Zweck verlangt und beschloß dem Hause die Annahme zu empfehlen. Die Petition über den Elb-Spree-Canal, welche 30,000 M. für die Vorarbeiten verlangt, wurde gleichfalls im Sinne der Petenten erledigt. Es stellt, sich keine Meinungsverschiedenheit zwischen den Regierungscommissarien und den Commissionsmitgliedern heraus. Letztere erklärten ihre Sympathie für das Project des Elb-Spree-Canals und überwiesen die Petition der Regierung als Material für die Behandlung des vorliegenden Planes. — Der Abg. Eugen Richter ist von dem Redacteur der „Landes-Zeitung" Herrn Niendorf gefordert worden. Als Cartellträger fungirte Dr. Rud. Meyer, sattsam bekannt aus der letzten Duellaffaire mit dem Abg. Dr. Bamberger. Der Abg. Richter hat aber jedwede Verhandlung abgelehnt.

⊙ **Berlin**, 6. März. [Die Eisenbahnfrage. — Die neue Städteordnung. — Die Ueberschwemmungen.] Mit Recht wird von allen Seiten constatirt, daß die Eisenbahn-Angelegenheit so sehr in den Vordergrund tritt, daß sie als die wichtigste Frage des Augenblicks betrachtet werden muß. Wenn vor einigen Tagen die Mittheilung verbreitet worden, daß der Widerstand, den der von maßgebenden Kreisen in Berlin angeregte Plan in den süddeutschen Staaten findet, einen Stillstand oder einen wesentlichen Umschwung in der Angelegenheit hervorgerufen habe, so ist diese Nachricht schon bestimmt zurückgewiesen worden. Es kann unter den gegenwärtigen Umständen weder von einem Aufgeben des Planes die Rede sein, noch auch liegt in den neueren Vorgängen ein Moment, welches den Fürsten Bismarck veranlassen könnte, seinen Plan aufzugeben oder zu ändern. Es ist daran zu erinnern, daß die Frage im Schoße des preußischen Staatsministeriums zunächst durch ein sogenanntes Votum des Fürsten vom 8. Januar angeregt worden ist. Schon damals wurde gemeldet, daß es sich zunächst nur um die Ueberlassung der preußischen Staatsbahnen und der staatlichen Aufsichtsrechte über die preußischen Privatbahnen an das Reich handle. In dieser Lage befindet sich die Sache auch noch jetzt, und es ist nicht ersichtlich, inwiefern die Erklärungen von Vertretern der Regierung in süddeutschen Kammern, welche speciell die Interessen der bezüglichen Länder im Auge haben, auf jene Absicht des preußischen Staats-Ministeriums einen hindernden oder annullirenden Einfluß üben sollten. Sobald das Handelsministerium die ihm übertragenen technischen Vorarbeiten vollendet hat, wird die Frage unverweilt zur weiteren Behandlung gelangen. Man kann daher entschieden behaupten, daß die Vorgänge in den süddeutschen Staaten den Stand der Angelegenheit in keiner Weise verändert haben. Wohl aber ist ein Einfluß auf die öffentliche Behandlung der Frage nicht zu verkennen. Es sind durch die erwähnten Erklärungen die politischen Gesichtspunkte mehr in den Vordergrund gerückt und seitdem ist die Erörterung der Frage von allgemein nationalen Gesichtspunkten und Interessen aus auf die Tagesordnung gesetzt worden. In diesem Sinne haben die süddeutschen Staatsmänner sich ein entschiedenes Verdienst erworben, indem sie die Aufmerksamkeit auf diese Seite der Angelegenheit gelenkt haben. — Gestern hat eine Berathung des Staatsministeriums unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck stattgefunden. Auf der Tagesordnung stand u. A. auch die Beschlußnahme über den Entwurf der neuen Städteordnung. Wie man hört, ist die Vorlage in der aus den commissarischen Berathungen hervorgegangenen Fassung angenommen worden und soll unverweilt zur Allerhöchsten Sanction vorgelegt werden.

— Der vom Minister des Innern nach Magdeburg gesandte Commissar Geheimerath Haase ist nach eingehenden Besprechungen mit dem Oberpräsidenten der Provinz zurückgekehrt. Es stellt sich bis jetzt heraus, daß die von allen Seiten eingehenden reichlichen Spenden der Wohlthätigkeit für das augenblickliche Bedürfniß des Unterhalts der Verunglückten ausreichen. Dagegen wird die Fürsorge der Regierung und der Local-Autoritäten dringend in Anspruch genommen für die Beschaffung von Wohnungen, namentlich für die vielen obdachlosen Arbeiter. Da es unmöglich ist, sofort für so Viele Wohngebäude herzustellen, so handelt es sich in erster Linie um Baracken, welche jedoch selbstverständlich möglichst solid und wohnlich eingerichtet werden sollen. Wie man erfährt, sind für diesen Zweck schon erhebliche Mittel von Seiten der Regierung angewiesen worden.

[Münz-Prägungen.] In den deutschen Münzstätten sind bis zum 26. Febr. 1876 geprägt: an Goldmünzen: 1,028,700,040 Mk. Doppelkronen, 310,812,860 Mk. Kronen; hiervon auf Privatrechnung: 121,912,823 M.; an Silbermünzen: 31,702,220 Mark 5-Markstücke, 118,381,441 Mark 1-Markstücke, 16,808,224 M. — Pf. 50-Pfennigstücke, 21,262,573 M. 60 Pf. 20-Pfennigstücke, an Nickelmünzen: 14,274,562 Mark 80 Pf. 10-Pfennigstücke, 8,296,906 Mark — Pf. 5-Pfennigstücke; an Kupfermünzen: 5,025,772 Mark 22 Pf. 2-Pfennigstücke, 2,697,952 Mark 83 Pf. 1-Pfennigstücke. Gesammt-Ausprägung: an Goldmünzen: 1,339,512,900 Mark; an Silbermünzen: 188,154,458 Mark 60 Pf.; an Nickelmünzen: 22,571 468 Mark 80 Pf.; an Kupfermünzen: 7,723,725 Mark 5 Pf.

Oesterreich.

⁂ **Wien**, 5. März. [Der Reichsrathsschluß und die Rede des Grafen Thun.] Gestern hat sich auch das Herrenhaus vertagt, nachdem es die Convention mit Rumänien und das Anlehensgesetz angenommen. Letztere Vorlage bot dem Concordatsvater Grafen Thun willkommene Veranlassung, wieder einmal eine seiner seltenen Gastrollen zu geben. In seiner Rede erkennen wir wohl mit Recht das letzte Grollen des Ungewitters, das sich im November und December im Herrenhause über den Häuptern der Verfassungspartei zusammenzog. Baron Helfert, einst Thuns Unter-Staats-Secretär im Cultusministerium und Miturheber der Fundamental-Artikel, präcludirte im November mit seinem Pamphlete, das der gesammten staatsrechtlichen Stellung Ungarns den Fehdehandschuh hinwarf und im Namen der österreichischen Machtstellung dessen unbedingte Einbeziehung in den Gesammtstaat wie unter Bach für unbedingt nothwendig erklärte. Dann kamen die Herrenhaus-Conferenzen, in denen ja auf wunderbare Weise Graf Leo Thun eine hervorragende Rolle spielte. Unter der Devise, die Prätentionen der Magyaren bezüglich der Ausgleichs-Revision abzuwehren, suchten die Feudalen frondirende Centralisten ins Garn zu locken — wie die „Provinzial-Correspondenz" das in ihrem Schmerling-Artikel denuncirte. Als nun Thun gestern seine zum Ueberdrusse wiedergekäute Lehrmeinung von der föderalistisch-clericalen Panacee als einzigem Rettungsmittel gegen die hereinbrechende „Crida" nochmals mit seiner gewohnten Leichenbitter-Miene und dem geisterhaft-hohlen Cassandra-Tone aufwärmte: blitzte doch durch jedes seiner Worte die nur mühsam verhaltene Wuth über die gescheiterte Intrigue, der verbissene Ingrimm über das verfehlte Streben seines persönlichen Ehrgeizes durch, daß er mit dem Präsidenten in ein förmliches Wortgezänke geräth, aus dem er wirklich wie ein armer Schüler abzog und sich zum Schlusse dann auch noch vom Finanzminister eine derbe Lection mußte gefallen lassen. Bei dem Beginn seiner Rede verbat Fürst Carlos Auersperg sich ernstlich jede Digression über die legale Existenz des Herrenhauses: „Dies ist das österreichische Herrenhaus", bemerkte Durchlaucht sehr nachdrücklich, mit dem Bleistifte in der Hand auf das Pult stoßend. Dann am Schlusse der Rede verwies der Fürst dem Grafen aufs Bestimmteste die Unschicklichkeit, daß er, der das Haus nur ganz sporadisch besuche, sich eine abfällige Kritik über die Thätigkeit der Mitglieder erlaube, die ihre Pflicht erfüllen. Und als Thun nunmehr auffuhr, über seine Pflichten sei er nur seinem Gewissen und seinem Kaiser Rechenschaft schuldig — entgegnete ihm Carlos Auersperg mit ruhigster Entschiedenheit, er besitze kein Privilegium, sondern sei der Oeffentlichkeit verantwortlich, weshalb er nicht gut thue, Dinge zu sagen, die schwer zu verantworten seien.*) Baron Depretis aber führte dem erlauchten Redner zu Gemüthe, daß die Einnahmen und Ausgaben sich decken würden, wenn nicht noch immer so große Zahlungen aus der Zeit jener absolutistisch-clericalen Militärwirthschaft auf uns lasteten, die alle Jahr ihr Anlehen machten und deren Hauptträger Graf Leo Thun war. Auch ist nur durch den Zorn des Redners die rückhaltlose Offenheit erklärlich, womit er sich über die „Scenirung" des ungarischen Ausgleiches „nicht mit Einem Worte" und einem Staatsstreich „vorläufig" noch perhorrescirend, aussprach. Die Delegationen sollen ein einheitlicher Reichssenat werden; der cisleithanische Reichsrath wird cassirt, damit auf siebzehn souveränen und doch völlig ohnmächtigen Landtagen die Clericalen, die adligen Rothfräcke und die

*) Der betreffende Dialog zwischen dem Präsidenten, Fürst Auersperg und dem Grafen Thun lautete:

Präsident: Ich habe dem Herrn Vorredner Folgendes zu bemerken: Er hat im Eingange seiner Rede dem hohen Hause den Vorwurf oberflächlicher Behandlung gemacht. Nun, meine ich, daß es einem Mitgliede, welches äußerst selten hier erscheint, nicht geziemt, was immer für einen Vorwurf jenen Mitgliedern entgegenzubringen, auf deren Pflichttreue die Agenda des Herrenhauses ohne Unterbrechung beruhen. Aber ganz entschieden muß ich den Vorwurf zurückweisen, daß das Ansehen des hohen Hauses von jenen Mitgliedern geschädigt werde, welche ihrer erhabenen Mission mit Eifer obliegen und ihr Interesse am Staate jederzeit darlegen. Nebenbei muß ich hervorheben, daß das Handbillet, welches hier berührt wurde, nicht den Sinn hat, dem Herrn Redner ein Privilegium zu ertheilen. Dasselbe lautet: „Lieber Graf Leo Thun! Ueber Ihre Eingabe vom heutigen Tage sehe Ich Mich nicht veranlaßt, Sie von der Ihnen verliehenen Würde eines lebenslänglichen Mitgliedes des Herrenhauses zu entheben. Sie haben daher als solches Ihren Pflichten zu obliegen." Mein Ausspruch ist also durch den Text des Handbillets bestätigt. Das Handbillet hat nicht die Aufgabe gehabt, dem Herrn Vorredner ein Privilegium zu geben.

Graf Leo Thun meldet sich zu einer persönlichen Bemerkung.

Präsident: Der Herr Graf Leo Thun hat zu einer persönlichen Bemerkung das Wort.

Graf Leo Thun: Ich will nur bemerken, daß ich das, was meine Pflicht ist, lediglich meinem Gewissen und meinem Kaiser zu verantworten habe.

Präsident: Der Herr Redner haben Dasjenige, was Sie über das hohe Haus und seine Thätigkeit zu sagen haben, vor der Oeffentlichkeit zu verantworten und weil Sie es zu verantworten haben, so gab ich Ihnen zu verstehen, daß Sie Dinge gesagt haben, welche Sie schwer verantworten können.

Nationalen ihre Orgien feiern — was dann mit dem Pester Reichstag wird, soll sich finden. Hat man Ungarn erst die staatliche Selbstständigkeit genommen, so wird man ihm auch im Wege eines nationalen Zersetzungsprozesses sein Parlament nicht rauben können, das mit der Suprematie der magyarischen Race steht und fällt. Die Magyaren haben jetzt die Wahl: die Minister-Rede Ungers, oder die Leistung Thuns — mit wem wollen sie pactiren? Gedroht haben sie uns ja oft genug, mit den Feudalen sich zu vereinbaren, wenn die Verfassungstreuen bei dem Ausgleiche nicht tanzen, wie man in Pest pfeift!

Spanien.

Madrid, 27. Februar. [Aus dem Congresse. — Castelar. — Vom Kriegsschauplatze.] Nachdem der Congreß, schreibt man der „K. Ztg.“, gestern Nachmittag mit den Wahlprüfungen aufgeräumt hatte, leisteten die Herren Abgeordneten den durch die angenommene Geschäftsordnung von 1847 vorgeschriebenen Eid in der Weise, daß sie je zwei dem Tische des Präsidenten nahten, daselbst niederknieeten, die rechte Hand auf die Bibel legten und die von einem Secretär verlesenen Formel mit einem „Ich schwöre“ beantworteten. Dieselben Männer, die der Congreß beim Beginn der Session vorläufig mit der Leitung der Debatten betraut hatte, sind nun endgiltig in ihren Aemtern bestätigt worden. Es sind dies die Herren Posada Herrera als Präsident, Elduayen, Aurioles, Hurtado und Escobar als Vice-Präsidenten. Wie bei der ersten Wahl, so hat sich auch bei dieser Wiederwahl deutlich gezeigt, daß die Regierung nicht allzufest auf geschlossene Willfährigkeit in der von ihr geschaffenen Mehrheit zählen kann. Es erhoben sich nämlich 86 Mitglieder, um gegen den seitherigen Director der „Epoca“, Herrn Escobar, zu stimmen, und darunter befand sich keiner von der Opposition. Castelar hat bereits zwei Mal das Wort ergriffen, zuerst um die Wahl in dem Bezirke Gaucin zu bekämpfen, sodann um sich über die Vereidigung auszulassen. Als die Versammlung sich eben für gesetzlich constituirt erklärt hatte, stellte er, um den eben vor den Augen der Versammlung geleisteten Eid werthlos zu machen, die Anfrage, welche Geschäftsordnung von jetzt an in Kraft sei, und behauptete, die von 1847 habe nur vorübergehende Giltigkeit gehabt, wie das schon daraus hervorgehe, daß sie nur von einem Ausschusse und nicht durch Beschluß des ganzen Hauses eingeführt worden. Der Vorsitzende, Elduayen, entzog dem Redner das Wort, und nun entstand ein Auftritt, der schwer zu beschreiben ist. Die Mehrheit stellte sich auf die Seite des Präsidenten; Drohungen, Verwünschungen, jedes Maß von Schicklichkeit überschreitende Worte regneten auf Castelar, der inmitten eines grenzenlosen, einer solchen Versammlung unwürdigen Lärms fortfuhr, mit aller Macht seines Organs das Unnöthige eines Eides auf eine zukünftige, bis jetzt unbekannte Verfassung darzuthun. Der Premier-Minister Canovas del Castillo griff jedoch in die Debatte ein und setzte es durch, daß die Kammer gegen das von ihrem Vorsitzenden beobachtete Verhalten beschloß, Herrn Castelar anzuhören. Derselbe machte davon den ausgiebigsten Gebrauch, indem er, weit vom Gegenstande abschweifend, die Vergangenheit berührte, wofür er von General Pavia und dem Minister-Präsidenten eben so derb wie verdient zurechtgewiesen wurde. Die ganze Verhandlung machte einen peinlichen Eindruck. Das erlaubte Maß wurde von allen Betheiligten in einer der Würde des Hauses entschieden schädlichen Weise überschritten. Die constitutionelle Minderheit allein blieb ruhig; sie betheiligte sich weder an den Auslassungen der Mehrheit, noch legte sie eine Lanze für Castelar ein. Die Zeiten sind vorüber, wo jedes Wort des Volkstribuns in den Herzen aller Liberalen zündete. Wenn man 15 Jahre lang einem Volke ein Ideal vorpredigt, Alle dafür begeistert und hernach als man die Macht in Händen hatte, erklären mußte: „Ich habe mich geirrt, ich bin reuig und kehre auf den alten besseren Weg zurück“, dann ist es freilich nicht zu verwundern, daß die Irregeleiteten mißtrauisch und vorsichtig werden. Castelar hat seine Rolle einstweilen hier ausgespielt. Niemand leugnet ihm sein Rednertalent ab. Man hört ihn gern, bewundert ihn, aber er überzeugt nicht mehr. Das weiß er selbst auch sehr wohl, und vielleicht gelüstet ihn gerade darum jetzt so sehr nach den Sympathien der Franzosen. Er hat sich dieselben auch theilweise zu erwerben gewußt, aber man sollte in Deutschland nicht vergessen, daß dies auf unsere Unkosten geschehen ist. Seit dem Tage von Sedan trägt Castelar einen wüthenden Haß gegen unser Land zur Schau. Er versäumt keine Gelegenheit, um in Wort und Schrift gegen uns ins Feld zu ziehen. Noch während des Krieges verlangte er in den Cortes, daß Spanien den Franzosen 80,000 Mann zu Hilfe schicke, und meinte, die spanische Nation könne sich für die Invasion unter Kaiser Napoleon I. nicht großmüthiger rächen, als wenn sie der bedrängten Nachbar-Republik gegen die Invasion eines anderen Cäsar zur Seite stehe. Diese Logik, worauf Victor Hugo stolz sein dürfte, rief in der Kammer und im ganzen Lande eben so viel Heiterkeit wie Entrüstung hervor, denn man war hier gegen Frankreich aus Ueberlieferung und wegen einer 18jährigen Bevormundung gereizt; auch empfand man sehr wohl, daß es gerade spanische Angelegenheiten waren, die den Grund des Krieges bildeten. Herr Castelar läßt sich aber nicht abschrecken. Er kämpft weiter gegen das ihm verhaßte Deutsche Reich und seine Regierung. Der Republikaner stellte sich auf die Seite der von den Barbaren grausam verfolgten unschuldigen Geistlichen, und das geschah, nachdem er selbst die traurigsten Erfahrungen mit seinem Lieblingsgedanken von der freien Kirche im freien Staate gemacht hatte. Neuerdings hat er in seinen Briefen aus Paris, welche die Tagespresse theilweise brachte, wieder viel von Revanche geredet und Deutschland als Friedensstörer geschildert. Und so geht es in Einem fort; dabei behaupten aber seine Freunde, der Mann hege die größte Bewunderung für Deutschland. — Der Congreß hat sich bis nächsten Donnerstag vertagt. — Nachdem ein Telegramm des spanischen Consuls in Bayonne gemeldet, daß Don Carlos bei St. Jean Pied de Port mit 3000 Mann auf französisches Gebiet übergetreten ist und aus dem Norden die Waffenstreckung zahlreicher Bataillone berichtet wird, kann der Krieg als beendet angesehen werden. Die Banden, welche sich noch in unwirthlichen Gegenden herumtreiben, sind hauptsächlich aus Zuchthäuslern, Deserteuren und Leuten, die am Aufstande in Cartagena betheiligt waren, zusammengesetzt, d. h. aus solchen, die sich nicht ergeben können, ohne dem Arm des Gesetzes anheim zu fallen. Der in den Provinzen des Nordens auf unbestimmte Zeit noch verbleibenden Besatzung, deren Stärke man auf 80,000 Mann angiebt, wird es zur Aufgabe gemacht werden, diese Mordbrenner auszurotten. Schon hat der General Quesada einen Befehl erlassen, daß die mit den Waffen in der Hand ergriffenen Mitglieder gesetzloser Banden erschossen werden sollen. Der König kommt noch nicht so bald zurück; er beabsichtigt, die sämmtlichen bei den Operationen betheiligt gewesenen Truppenkörper zu besuchen.

Niederlande.

Amsterdam, 2. März. [General Pel †. — Aus der zweiten Kammer. — Zum Schulgesetze.] Am 24. Februar, schreibt man der „K. Z.“, starb plötzlich der Oberbefehlshaber der Armee in Atchin, General-Major Pel, vermuthlich an der Cholera. Die niederländisch-indische Armee leidet dadurch einen großen Verlust. Als General van Swieten mit wohlfeil erworbenem Ruhm seine Aufgabe für erreicht erklärte und die Arme in Atchin in ziemlich zweifelhafter Lage verließ, waren die Holländer im Kraton — jetzt Kotta Radju genannt — von ihren Feinden gewissermaßen belagert, nachdem sie einen Theil der im Anfang errungenen Vortheile hatten aufgeben müssen. In dieser kritischen Lage übernahm General Pel den Oberbefehl, befestigte zuerst die Stellung der Holländer, drängte dann den Feind aus der unmittelbaren Nähe des Kratons zurück und ging, nachdem er im vorigen Herbst bedeutende Verstärkung erhalten hatte, zur weiteren Ausbreitung des eroberten Gebietes vor. Mitten in dieser Thätigkeit erreicht ihn plötzlich der Tod, nicht von feindlicher Kugel, sondern durch eine heimtückische Krankheit. Pel hatte sich das allgemeinste Vertrauen der Truppen erworben; er war anspruchslos und verschmähte die lauttönenden Proclamationen van Swieten's, er ließ nur seine Thaten reden. General-Major Wichers van Kerchem ist vom General-Gouverneur zu seinem Nachfolger ernannt und von Batavia nach Atchin abgegangen. Die Cholera scheint dort stark zu wüthen. — Abgeordneter Moens, von der liberalen Partei, hat der Zweiten Kammer eine Gesetzvorlage überreicht, welche das Schulgesetz vom Jahre 1857 verbessern soll. Die Vorlage will dem Mangel an Lehrern und Schulen abhelfen, indem die Schullehrer-Seminare bedeutend vermehrt, der Einfluß des Staates auf die bürgerlichen Gemeinden zur Errichtung von Schulen erweitert und die Gehälter der Lehrer aufgebessert werden sollen. Auch soll der Mißbrauch, Lehrerzöglinge zum Unterricht zu verwenden, abgeschafft werden. Herr Moens erkennt, daß dadurch nur ein Theil der wünschenswerthen Verbesserungen im Schulwesen erzielt werde; er will die allgemeine Schulpflicht eingeführt haben, sieht aber bei dem großen Mangel an Lehrerpersonal die Unmöglichkeit, diese Maßregel schon jetzt einzuführen.

Provinzial-Zeitung.

H. **Breslau**, 5. März. [Altkatholische Versammlung.] Der von Herrn Prof. Dr. Weber für den 3. d. Mts. angekündigte Vortrag über: „Der Staat und das individuelle Gewissen unter Berücksichtigung der Schrift: „„Der Culturkampf oder Feinde in Staat und Kirche““ von Peter Reichensperger, Mitglied des Reichstages“, hatte wiederum ein äußerst zahlreiches Publikum herbeigeführt. Der obere, große Saal im Café restaurant war Kopf an Kopf gefüllt; die Aufmerksamkeit der Zuhörer eine gespannte, ungetheilte und vielfach von rückhaltloser Zustimmung begleitete, was uns zu beweisen scheint, daß die altkatholischen Bestrebungen ungeachtet der vielen ihr entgegengesetzten Hemmnisse immerfort in weitere Kreise dringen und tiefer in die Gemüther sich einsenken. Es ist gar nicht zu leugnen, daß diese Bewegung auf durchaus sicheren Principien ruht und daß in ihr Kräfte liegen, welche mit der Zeit dem Staate und dem positiven Christenthume noch zu großem Vortheile, dem Ultramontanismus aber zum Verderben gereichen werden.

Der Vortragende ging von der Bemerkung aus, daß Reichensperger im VIII. Abschnitt der erwähnten Schrift an der Hand mehrerer angesehener Lehrer des Staatsrechts sich über den Unterschied von sogenanntem activen und passiven Widerstande gegen die Anordnungen der Obrigkeit verbreite. So werde von Stahl der active Widerstand charakterisirt als die Anwendung physischer Gewalt gegen die Obrigkeit, sei es, um bestimmte Vornahmen oder Unterlassungen von ihr zu erzwingen, sei es, um sie selbst abzusetzen. Ein solcher Widerstand ist unter allen Umständen und zwar wie Reichensperger bemerkt, „nach Gründen des Rechts und der christlichen Moral gleich verwerflich.“ Hierin stimmen alle christlich denkenden Gemüther, welchem Bekenntnisse sie auch angehören, vollkommen überein. Etwas Anderes dagegen ist der sogenannte passive Widerstand.

„Der passive Widerstand,“ schreibt ebenfalls Stahl, „besteht darin, daß wer nicht thut, was die Obrigkeit gebietet, nicht unterläßt, was sie verbietet, wie die ersten Christen, dem Gebot der Obrigkeit entgegen, den Götzen nicht opferten, ihrem Verbot entgegen die Predigt des Evangeliums nicht unterließen. Er unterscheidet sich sonach wesentlich von dem activen Widerstand, denn dieser ist ein Angriff auf die Gewalt der Obrigkeit, eine Verhinderung ihrer Handlungen, jener eine Versagung der eigenen Handlungen, des Unterlassens oder des Thuns.

Er ist auch wesentlich verschieden von Aufkündigung des Gehorsams, denn er widersteht nur bestimmten Geboten und entzieht sich nicht dem Ansehen der Obrigkeit überhaupt. Der passive Widerstand ist unter Umständen statthaft — ja geboten. Denn der Mensch steht nicht blos und nicht mit seinem gesammten Handeln unter dem Staate, sondern zugleich unmittelbar unter Gott. Wenn daher das Gebot der Obrigkeit gegen das Gebot Gottes geht, so hat der Unterthan die Pflicht, ihr den Gehorsam zu verweigern nach dem Satze: Man muß Gott mehr gehorchen, denn den Menschen“. Aus den vielen ähnlich lautenden Aussprüchen anderer Rechtslehren theilt der Vortragende aus der Schrift Reichenspergers nur noch einen solchen von dem Geh. Justizrath, Professor Dr. Schulze an der Universität Breslau mit. Derselbe schreibt: „Ueber dem menschlichen Bereiche des Staates steht, als eine höhere Macht, die sittliche und natürliche Ordnung der Dinge, welche der Staat nicht umkehren oder verwirren darf, ohne ein schweres Unrecht zu begehen. So darf er die Freiheit der Wissenschaft, des Glaubens, die Heiligkeit der Familie, die ewigen Grundlagen des Sittengesetzes nicht angreifen. Thut der Staat es dennoch, so giebt es über der souveränen Staatsgewalt keine richterliche Autorität, welche ein solches materielles Unrecht auch formell dafür erklären und es bestrafen könnte, aber den Betheiligten gegenüber erscheint ein solcher Act der Staatsgewalt trotz seiner formellen Correctheit als unverbindlich. Er kann und muß in einem solchen Falle, freilich auf seine Gefahr hin, der ihre Sphäre überschreitenden Staatsgewalt den Gehorsam verweigern (passiver Widerstand) und gegen das Unrecht protestiren. Man soll Gott mehr gehorchen als den Menschen.“

In dieser Lehre von der unter Umständen eintretenden Erlaubtheit, ja Pflichtmäßigkeit eines passiven Widerstandes, fährt der Vortragende fort, sind ebenfalls alle Urtheilsfähigen einer und derselben Meinung, und es unterliegt durchaus keinem Zweifel, daß die deutschen Staatsregierungen selbst diese Ansicht theilen. Allein ein anderes ist das Urtheil, daß unter Umständen eine solche Erlaubtheit oder Pflichtmäßigkeit eintreten könne und ein ganz anderes das Urtheil, daß jene Erlaubtheit oder Pflichtmäßigkeit in einem bestimmten Falle wirklich vorliege. Der einzige Gesichtspunkt, welcher für die Bildung des letzteren Urtheils zuläßig und entscheidend ist, ist der, ob eine obrigkeitliche Anordnung einem ganz und gar unzweifelhaften Gebote oder Verbote Gottes handgreiflich widerstreitet. Passiver Widerstand ist also nur unter zwei Bedingungen erlaubt und, wenn dieselben vorhanden sind, freilich auch geboten. Die erste derselben ist, daß es keinem, auch nicht dem geringsten Zweifel unterliegt, daß irgend eine bestimmte Handlung in Wirklichkeit ein Gebot Gottes ist, die zweite, daß die obrigkeitliche Anordnung diesem Gebote Gottes handgreiflich widerstreite oder das directe Gegentheil desselben gebiete.

In welchem Lichte erscheint nun unter Anwendung der beiden vorher erwähnten Bedingungen das Verhalten des heutigen Ultramontanismus in Preußen? Ist die Opposition, welche die preußischen Ultramontanen, namentlich die nach Bischof Hefele's Ausdruck über Nacht ihrer früheren Ueberzeugung untreu gewordenen ultramontanen Bischöfe den sogenannten Maigesetzen entgegenstellen, eine vor dem Gewissen, vor Gott und dem positiven Christenthum erlaubte und gerechtfertigte? Ist sie, wie die Ultramontanen allerwärts und auch der Obertribunalsrath P. Reichensperger behaupten, sogar eine durch die Pflicht gebotene? Bei der Beantwortung dieser Frage will Herr Professor Dr. Weber selbst ganz davon absehen, ob jene Opposition sich auch überall nur in den Schranken eines blos „passiven“ Widerstandes hält und ob die sittliche Entrüstung, mit der Reichensperger den Vorwurf einer theilweise revolutionären Haltung bezüglich der über Nacht ultramontan gewordenen Bischöfe zurückweise, vor einem unbefangenen und ruhigen Urtheil gerechtfertigt erscheint.

Reichensperger theilt in seiner kleinen Schrift die lange Denkschrift mit, welche die preußischen Bischöfe am 30. Januar 1873 gegen die damaligen kirchenpolitischen Gesetzentwürfe an die königliche Staatsregierung gerichtet haben. In derselben beklagen sich die Bischöfe vor Allem darüber, daß die Staatsregierung, bevor sie die Gesetzentwürfe in den Häusern des Landtags einbrachte, mit ihnen wegen denselben nicht verhandelt habe. Wäre dies geschehen, dann würden die Bischöfe, so heißt es wörtlich, in „der Lage gewesen sein, einzelne Bestimmungen der in Rede stehenden Gesetzentwürfe ohne Pflichtverletzung zu acceptiren, für einige andere würde vielleicht eine Vereinbarung mit dem apostolischen Stuhle zu erreichen gewesen sein.“ Bei diesem Zugeständniß der Bischöfe bittet der Vortragende die Versammlung einige Augenblicke zu verweilen. Was sagen also die Bischöfe? Sie sagen, daß einzelne Bestimmungen der in Rede stehenden Gesetze ohne Pflichtverletzung acceptirt oder erfüllt werden könnten; diese Bestimmungen sind also nicht gegen das Gewissen, nicht gegen Gott, das Christenthum oder die Kirche. Aber erfüllen denn die Bischöfe diese nach ihrer eigenen Aussage gerechten Gesetzesbestimmungen? Nein! Auch ihnen setzen sie wie allen übrigen Widerstand entgegen. Ist das kirchlich, christlich, gewissenhaft gehandelt?

Ferner: „für einige andere Bestimmungen der Maigesetze würde vielleicht eine Vereinbarung mit dem apostolischen Stuhle zu erreichen gewesen sein.“ Haben die Bischöfe sich bemüht, diese Vereinbarung, wenn sie dieselbe für nothwendig erachteten, wirklich zu Stande zu bringen? Nein! Und war ein solches Bemühen, wenn es ihnen, wie sie doch so oft versichern, mit der Erhaltung des Friedens zwischen Staat und Kirche Ernst war, nicht ihre heiligste Pflicht? Ist es also gewissenhaft, ist es christlich gehandelt, wenn sie, nachdem sie selber in Pflichtvergessenheit um „die Vereinbarung mit dem Apostolischen Stuhle“ sich nicht bemüht haben, den betreffenden Gesetzesbestimmungen unbeugsamen Widerstand entgegensetzen! Oder dürfen die Bischöfe den in Rede stehenden Vorschriften etwa aus dem Grunde ungehorsam sein, weil die Staatsregierung vor der Einbringung derselben in den Häusern des Landtages sich nicht dazu verstanden, mit den Bischöfen über dieselben in Verhandlung zu treten? Hat etwa die Staatsregierung eine derartige Verpflichtung und haben etwa die Bischöfe ein Recht, die Erfüllung derselben von jener zu verlangen? Wo steht in den Urkunden des Christenthums, in Schrift und Tradition etwas derartiges verzeichnet? Was bleibt also zur Erklärung des bischöflichen Ungehorsams gegen die erwähnten Gesetzesbestimmungen übrig? Nichts — als der Satz: Sie wollen nicht, und sie wollen nicht, weil sie nicht dürfen, weil die ultramontane römische Curie, d. i. der Papst und seine Jesuiten, es einstweilen noch für gut finden, den Kampf gegen Preußen fortzusetzen.

Doch in den Maigesetzen sollen sich auch, so sagen die Bischöfe, Bestimmungen finden, welche „den tiefsten und verderblichsten Eingriff in das innerste Leben der Kirche, in die höchsten Interessen der Religion, in die Freiheit des katholischen Glaubens enthalten.“ Derartig sollen z. B. sein die Vorschriften „über die Erziehung des Clerus“. Es ist von Interesse, wenigstens diese eine bischöfliche Incrimination mit einigen Ausführungen zu beleuchten. Schon der Ausdruck „Erziehung des Clerus“, dessen die Bischöfe sich bedienen, ist nicht genau, denn das Gesetz spricht nur von „Vorbildung zum geistlichen Amte“. Und welches sind die hierauf bezüglichen Vorschriften des Gesetzes? Sie lauten: „Zur Bekleidung eines geistlichen Amtes ist die Ablegung der Entlassungsprüfung auf einem deutschen Gymnasium, die Zurücklegung eines dreijährigen theologischen Studiums auf einer deutschen Staats-Universität, sowie die Ablegung einer wissenschaftlichen Staatsprüfung erforderlich.“ Das sollen also Vorschriften sein, welche in das innerste Leben der Kirche eingreifen, die höchsten Interessen der Religion und die Freiheit des katholischen Glaubens gefährden. Wie ist das möglich, wofern nur dafür gesorgt wird, daß die Gymnasien und Universitäten, d. i. die katholischen Facultäten, welche die künftigen katholischen Geistlichen besuchen sollen, gut und zweckentsprechend eingerichtet sind? Und haben die Bischöfe auch nur einen leisen Grund, zu glauben, daß dieses nicht geschehen? Hat denn der Staat nicht selbst ein Interesse, daran, nicht blos gebildete, sondern auch pflichttreue Geistliche in seinem Lande zu haben? Würde er also nicht gegen sich selbst erröthen, wenn er die Bildungsstätten der Geistlichen zweckwidrig einrichten wollte? Hatten aber die Bischöfe, wenn sie so etwas für möglich halten, nicht die Pflicht, erst die Wirklichkeit derselben abzuwarten, ehe sie den perfect gewordenen Gesetzen Ungehorsam entgegen stellten, und das um so mehr, als sie selbst in ihrer Denkschrift zugeben, daß das in Rede stehende Gesetz „den Bischöfen und der Kirche das Recht des theologischen Unterrichts und der Erziehung des Clerus nicht förmlich abspreche.“ Freilich fügen sie hinzu: „aber es macht dieses Recht nun einen großen Theil illusorisch.“ Dieser Zusatz ist nur zu verstehen, wenn man sich erinnert, daß die über Nacht ultramontan gewordenen Bischöfe nach ihrem Ueberzeugungswechsel jeden für einen von der katholischen Kirche Abgefallenen erklären, der denselben Ueberzeugungswechsel ihnen nicht nachmachen und in Folge dessen die Julidogmen des vaticanischen Concils nicht anerkennen will. In schlichtes Deutsch übersetzt heißt demnach obige bischöfliche Phrase folgendes: Die maigesetzlichen Vorschriften über die Vorbildung zum geistlichen Amte sind einer ultramontanen Erziehung des Clerus nicht vortheilhaft und darin — haben die Bischöfe unzweifelhaft recht. Aber der Ultramontanismus und der Katholicismus sind eben so weit von einander entfernt, wie die Wahrheit von der Unwahrheit. Aus der Thatsache, daß die Maigesetze jenem entgegen sind, folgt also das gerade Gegentheil von dem, was die Bischöfe behaupten, nämlich dies, daß sie die wahre katholische Kirche gegen ihren größten Feind der Gegenwart, den Ultramontanismus, zu schützen suchen.

*** [Die Tagesordnung] für die nächste Sitzung der Stadtverordneten weist eine Menge Vorlagen über Wahlen, Etatsüberschreitungen 2c. nach, die wichtigste derselben ist die, betreffend die Hafen-Anlage. Ueber die Verhandlungen zwischen dem Magistrat und der Handelskammer einerseits mit dem betreffenden Ministerium andererseits ist bereits mehrfach in der Zeitung berichtet worden. Nun ist ein neueres Schreiben des Herrn Ministers unterm 27. Januar d. J. eingegangen. Dasselbe lautet:

„Berlin, den 27. Januar 1876. Auf die Vorstellung vom 15. d. Mts. kann ich dem Magistrat bei aller Theilnahme für die Herstellung eines Oderhafens bei Breslau nur erwidern, daß ich mich außer Stande sehe, diese Angelegenheit in anderer Weise zu fördern, als dies bereits bisher und zwar zu wiederholten Malen von mir versucht worden ist. Da es nicht einmal gelungen ist, über die Wahl der Localität für diese Anlage und das auszuführende Project zu einer solchen Klärung der verschiedenen Ansichten zu gelangen, daß eine Entscheidung über die bezüglichen Fragen erfolgen könnte, außerdem aber auch selbst von Seiten der städtischen Behörden bestimmte Beschlüsse zur Förderung dieses Unternehmens überhaupt nicht gefaßt sind, so liegt es auf der Hand, daß es sowohl für die Staatsregierung als die Landesvertretung an jeder Grundlage und jedem Anhalt fehlt, bestimmte Geldaufwendungen der Staatskasse zu diesem Zweck in Aussicht zu nehmen. Daß es an lebhaftem Interesse für das Unternehmen auch ferner nicht fehlen wird, davon werden die Seitens des Herrn Oberpräsidenten auf meine Veranlassung geführten Verhandlungen die Ueberzeugung in den betheiligten Kreisen befestigt haben. Ich kann nur wiederholt darauf verweisen und werde mich freuen, wenn mir recht bald statt der bisher vorgetragenen allgemeinen Klagen und Wünsche, welche jede eigene Initiative bei dem für Breslau nach der Darstellung des Magistrats so wichtigen Projecte vermissen lassen und lediglich an die Staatshilfe appelliren, solche Anträge zugehen werden, welche die Feststellung eines bestimmten Projectes und der für dessen Ausführung erforderlichen Mittel ermöglichen, so wie die Leistungen klar stellen, zu deren Aufbringung die zunächst Betheiligten ernstlich gewillt sind.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
gez. Dr. Achenbach.“

Magistrat äußert sich nun in seinen weiteren Auslassungen über diesen Gegenstand u. A., wie folgt:

„Sollte nun auch durch die zuletzt gestellten Anträge eine größere Willfährigkeit des Herrn Ministers erzielt werden, so bezweifeln wir doch, daß derselbe die von ihm gestellten Vorbedingungen ihrem ganzen Umfange nach fallen lassen wird oder fallen lassen kann; wir glauben es vielmehr der Wichtigkeit der Sache schuldig zu sein, wenn wir diese Vorbedingungen, soweit als möglich, zur Erledigung bringen, hierdurch aber am Besten documentiren, daß die Anlegung eines Hafens bei Breslau für das Wohl der Stadt und der Provinz von der höchsten Bedeutung ist. — Der inzwischen erfolgte Zusammentritt des Landtages der Monarchie legte uns — gleichzeitig wie der Handelskammer — die Pflicht auf, mit großer Schleunigkeit und vor Erledigung der gestellten Vorfragen mit unseren erneuerten Anträgen an den Herrn Minister zu gehen, um möglicherweise eine Staatsbewilligung noch für das Jahr 1876 zu erlangen. — Jetzt, nachdem die Anträge angebracht sind, wird es Sache der Interessenten sein, den gestellten Erfordernissen, soweit als möglich, zu genügen. — Man wird sich zunächst über einen bestimmten Platz für Anlegung des Hafens entscheiden und hierbei die Frage über Hingabe städtischen Areals zu dem angegebenen Zwecke zum Austrage bringen müssen, und es dürften bezüglich der Geldbeschaffung, falls das Privatcapital sich bei dem Unternehmen nicht betheiligen sollte, Anträge auf Bewilligung von Mitteln aus den Fonds der Provinz an die Provinzial-Behörden zu richten sein. — Erwägt man, daß bei den hiernach erforderlichen Vorarbeiten Fragen der verschiedensten Art, insbesondere communale, provinzielle, commerzielle, bautechnische zur Sprache kommen, so erscheint es uns zweckmäßig, zunächst ein Organ zu schaffen, in welchem diese verschiedenen Interessen ihre Vertretung, aber auch gleichzeitig einen Einigungspunkt finden. — Als solches Organ empfehlen wir die Bildung einer im § 59 der Städte-Ordnung vorgesehenen, aus Mitgliedern beider Gemeinde-Behörden und stimmfähigen Bürgern zusammen zu setzenden Deputation, welcher unter Vorbehalt der Beschlußfassung der städtischen Behörden die

Aufgabe zufiele, ein durchführbares Project vorzuberathen und aufzustellen und die Interessenten zur materiellen Betheiligung an der Ausführung anzuregen. — Indem wir bemerken, daß es uns zweckmäßig erscheint, die Zahl der in diese Deputation zu committirenden Magistrats-Mitglieder auf drei, die der Stadtverordneten auf fünf zu normiren und die Zahl der theilnehmenden, stimmfähigen Bürger wohlderselben anheimstellen, beantragen wir:

die Stadtverordneten-Versammlung wolle

a. sich mit Einsetzung einer aus Mitgliedern beider Gemeinde-Behörden und stimmfähigen Bürgern zusammengesetzten Deputation zur Förderung der Hafen-Angelegenheit einverstanden erklären;

b. dieser Deputation die Verpflichtung auferlegen, über das Ergebniß ihrer Berathungen beiden Gemeinde-Behörden von Zeit zu Zeit Bericht zu erstatten;

c. die hiernach erforderlichen Wahlen vornehmen und deren Ergebniß uns mittheilen.

Die Wahl- und Verfassungs-Commission empfiehlt: 1) sich mit Einsetzung einer aus Mitgliedern beider Gemeinde-Behörden und stimmfähigen Bürgern zusammengesetzten Deputation zur Förderung der Hafenangelegenheit einverstanden zu erklären; 2) in diese Deputation die Stadtverordneten Bülow, Kärger, Kopisch, Dr. Lewald und R. Sturm zu wählen; 3) dieser, durch 3 Mitglieder des Magistrats ergänzten Deputation die Wahl der Mitglieder aus der Bürgerschaft, sowie die Bestimmung der Anzahl derselben zu überlassen; 4) der Deputation die Verpflichtung aufzuerlegen, über das Ergebniß ihrer Berathungen beiden Gemeinde-Behörden von Zeit zu Zeit Bericht zu erstatten.

2) Antrag des Magistrats auf Bewilligung von 520 Mark behufs Deckung der einmaligen außerordentlichen Ausgaben für Renovation dreier Klassenzimmer in Fischergasse Nr. 23. — Die betr. Commission befürwortet die Bewilligung.

3) Antrag auf Bewilligung von 900 Mark zur Deckung der Kosten der Betheiligung der städtischen gewerblichen Zeichenschule an der vom Münchener Kunst-Gewerbe-Verein zur veranstaltenden Ausstellung von Kunst- und kunstgewerblichen Erzeugnissen. — Die betr. Commission befürwortet die Bewilligung.

4) Antrag auf Verkauf von städtischem Terrain (ungefähr 36 Quadr.-Ruthen) an der Thiergartenstraße an den Kaufmann Hugo Heimann zum Preise von 27⅙ Thlr. pro Quadr.-Ruthe. — Die betreffende Commission empfiehlt die Genehmigung des Magistrats-Antrages.

—d. [Die große Volksversammlung,] zu welcher durch Placate an den Straßenecken auf vergangenen Sonntag Vormittag 11 Uhr, in den Schießwerdersaal eingeladen worden, war von ca. 600—700 Personen besucht. Die Herren Just, Reinders und Kräker bildeten das gewählte Bureau. Herr Kapell aus Berlin expectorirte sich zuerst. Die übrige Zeit füllten die Herren Kräker und Reinders mit Empfehlung der zum 1. April erscheinenden socialdemokratischen Zeitung „Die Wahrheit" aus, selbstverständlich unter den heftigsten Ausfällen gegen die liberale Presse. Um 1¾ Uhr fand die Versammlung ihr Ende.

-d. [Der erste schlesische Arbeitertag] wurde am Montag Nachmittag in dem bekannten Scholz'schen Locale durch Herrn Reinders mit Feststellung der Präsenzliste eröffnet. Als Delegirte sind anwesend die Herren Kühn (Langenbielau), Müller (Langenbielau), Keller (Görlitz), Hippel (Greiffenberg), Täschner (Charlottenbrunn), Spielmann (Peterswaldau), Lohr (Waldenburg), Prasser (Liegnitz), Richter (Striegau), Konjetzky (Königszelt), Heinze (Dreißighuben), Bandt (Ernsdorf bei Reichenbach), Jung (Rawitsch), Sellentin (Rawitsch), Reinders, Kräker und Glogauer aus Breslau und Kapell aus Berlin mit berathender Stimme. In das Bureau wurden gewählt die Herren Reinders (Breslau), Spielmann (Peterswaldau) und Glogauer (Breslau). Auf der Tagesordnung standen: 1) Bericht über die Lage der Partei in der Provinz, 2) das Verhalten zur nächsten Reichstagswahl und zu den anderen politischen Parteien, 3) die Agitation in der Provinz, 4) Aufstellung von Candidaten für den Reichstag, 5) Gründung einer Provinzialzeitung und 6) etwaige Anträge der Delegirten.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung berichtet Herr Reinders Folgendes: Die Lage der Partei in der Provinz sei augenblicklich nicht derartig, als es vielleicht wünschenswerth sei. Wenn die Mitgliederzahl der Socialdemokratie an einzelnen Orten sich vermindert habe, so liege der Grund hierfür nicht in der Abneigung der Arbeiter gegen die Partei, sondern in den vielfachen Maßregelungen und der zeitigen Arbeitslosigkeit, in Folge deren die Arbeiter oft nicht den kleinsten Beitrag zu leisten im Stande sind. Bei den letzten Wahlen hatte die Partei Stimmen erhalten in den Wahlkreisen Liegnitz-Goldberg-Hainau, Waldenburg, Reichenbach-Neurode und in Breslau. Die mittlerweile auch in andere Gegenden getragene Agitation ist überall auf Maßregelungen gestoßen, so daß die Bewegung vielfach niedergehalten wurde. Im Waldenburger Kreise wurden z. B. die Gastwirthe abgehalten, ihre Locale für socialdemokratische Versammlungen herzugeben. Dem gegenüber soll nächsten Sommer der Versuch gemacht werden, die Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten. Günstiger ständen die Chancen im Reichenbach-Neuroder Wahlkreise, denn dort könnte möglicherweise in Folge der heftigen Kämpfe zwischen den Nationalliberalen und Ultramontanen bei einer voraussichtlichen Stichwahl der Candidat der Socialdemokraten den Sieg davontragen. Weit ungünstiger ist die Lage der Partei in Liegnitz-Goldberg-Hainau und in Striegau, wo eine Coalition der Arbeitgeber Conventionalstrafen für ihre Mitglieder festgesetzt hat, welche Arbeiter, die sich an der Bewegung betheiligen, in Arbeit stellen. Dadurch würden die Arbeiter, um nicht die Arbeit zu verlieren, der Partei ferngehalten. In Schweidnitz-Freiburg-Königszelt sei die Thätigkeit der Agitatoren eine sehr rege. Die dortigen Gewerkvereine würden aber für die Fortschrittspartei wirken und stimmen. Gute Fortschritte mache die Partei in Rawitsch-Kröben, der Geist daselbst sei ein guter. Da indeß der größte Theil der Bevölkerung polnisch ist, so werde es Aufgabe der Partei sein müssen, einen polnisch redenden Agitator zu gewinnen. Um übrigens nicht Illusionen zu erwecken, habe er sein Bild in den möglichst matten Farben gemalt. Herr Keller (Görlitz) berichtet, daß im Görlitzer Kreise die Bewegung guten Fortgang nehme. Ein Schluß indeß auf die Wahlen sei nicht zu ziehen, da noch keine Erfahrungen vorliegen, denn bei der letzten Wahl hatte die Partei noch keinen eigenen Candidaten aufgestellt. Herr Kühn (Langenbielau) wünscht eine Verständigung über diejenigen Wahlkreise, welche speciell „bearbeitet" werden sollen. Der für die Partei günstigste Wahlkreis sei Reichenbach-Neurode. Er (Redner) könne fast mit Bestimmtheit einen Sieg der Partei in Aussicht stellen, wenn nicht etwa der Kreis getrennt wird, was nicht unmöglich sein soll. Bei der letzten Wahl schon würden die Socialdemokraten daselbst gesiegt haben, wenn sie nicht uneins gewesen wären. Um wenigstens einen Sieg sicher zu haben, müsse man sich mit aller Kraft auf diesen Kreis werfen. Für die übrigen Wahlkreise solle man sich vorläufig mit der Aufstellung und Proclamirung der Candidaten genügen lassen. Vor der Wahl müsse noch durch Flugblätter gewirkt werden. Schließlich empfiehlt Redner noch Bunzlau als Feld der Agitation, da sich dort eine Holzarbeiter-Gewerkschaft befinde.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung führt Sattler Kräker aus: In allen Wahlkreisen, wo es nur immer Parteigenossen giebt, müssen eigene Candidaten aufgestellt werden, überall müsse Siegeszuversicht gezeigt werden. Compromisse seien unter allen Umständen auszuschließen. Die Parteigenossen müßten bei der Wahl wenigstens Kunde von ihrer Existenz geben. Redner erinnert hierbei an das Beispiel der republikanischen Partei in Frankreich. Bei Stichwahlen müssen die Socialdemokraten, wenn es sich nicht um einen eigenen Candidaten handelt, dem Candidaten die Stimme geben, welcher am meisten links steht. Die kirchliche resp. ultramontane Partei dürften die Parteigenossen unbedingt nicht unterstützen. Herr Kühn (Langenbielau) erklärt sich für unbedingtes Festhalten am Princip, während Herr Glogauer (Breslau) bezüglich einer Stichwahl speciell zwischen einem Fortschrittler und einem Clericalen die Unterstützung des Ersteren befürwortet. Herr Reinders: Diesen Vorschlag zu erfüllen, sei unmöglich, denn die Fortschrittspartei habe für ihre — der Socialdemokraten — Partei gar nichts gethan. Der Abg. Richter habe sogar im Parlament behauptet, die Socialdemokraten hätten im Jahre 1863 Banden gebildet, um die Versammlungen der Fortschrittspartei zu sprengen.

Wie Herr Kühn erklärt sich auch Herr Reinders für strenges Festhalten am Princip und empfiehlt deshalb, bei einer Stichwahl weiße Zettel abzugeben. Herr Kapell (Berlin) hält das Festsetzen näherer Bestimmungen bezüglich des Verhaltens bei einer Stichwahl für verfrüht. Herr Glogauer stimmt dem Vorredner bei und wünscht die Entscheidung hierüber dem allgemeinen deutschen socialdemokratischen Congreß überlassen. Die von Herrn Kühn (Langenbielau) eingebrachte Resolution: „Der am 5. März in Breslau tagende schlesische Arbeitertag fordert den in diesem Jahre stattfindenden Congreß der socialdemokratischen Arbeiterpartei auf, zu beschließen: die socialdemokratische Arbeiterpartei in Deutschland geht nur selbstständig bei den nächsten Reichstagswahlen vor und unterstützt sowohl bei der Hauptwahl wie bei engeren Wahlen nur solche Candidaten, die das Parteiprogramm voll und ganz anerkennen und von der Partei direct aufgestellt werden", wurde angenommen.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung sprach Herr Reinders: Wenn das für Breslau projectirte Blatt ins Leben treten sollte, so könnten einzelne Abzüge von Artikeln als Flugblätter für die Agitation benutzt werden. Im andern Falle müßten besonders gedruckte Flugblätter in jede Hütte, in jede Arbeiterwohnung getragen werden. Redner empfiehlt übrigens Vorsicht und doch Entwickelung von Energie. Herr Kapell befürwortet außerdem die Gründung von kleinen Wahlzeitungen etwa 6 bis 8 Wochen vor der Wahl als ein sehr wirksames Agitationsmittel. Herr Kühn beantragt: „Der Arbeitertag fordert den nächsten Congreß der socialistischen Arbeiterpartei auf, den Vorstand der Partei zu verpflichten, die Colportage systematisch zu regeln, insbesondere in den wichtigsten Wahlkreisen zuverlässige Leute anzustellen, welche Schriften und Zeitungen regelmäßig zu besorgen haben. Herr Kräker schlägt vor, beim nächsten Congreß die Anstellung eines Agitators für Schlesien zu beantragen, und spricht für Bildung von Wahl-Comites, die sich an den Breslauer Wahlverein als Centralverein anzuschließen hätten. Bezüglich des Kühn'schen Antrages erklärt Redner, daß an den einzelnen Orten, wie dies in Breslau geschieht, mit Erlaubniß der Polizeibehörde ein Parteimitglied sich mit dem Vertriebe von Schriften beschäftigt. Nach weiterer Discussion hierüber wird der Antrag des Herrn Kühn und ein zweiter Antrag desselben, die Herausgabe einer Broschüre: „Was wir brauchen", Seitens des Parteivorstandes schleunigst zu bewilligen, angenommen. Ebenso wird der Antrag Kräker wegen fester Anstellung eines Agitators für Schlesien und theilweiser Unterstützung eines zweiten angenommen.

Ad 4 der Tagesordnung werden als Candidaten für die einzelnen Wahlkreise vorgeschlagen: Für Reichenbach-Neurode A. Kapell, für Waldenburg A. Kapell, für Schweidnitz-Freiburg K. P. Reinders, für Liegnitz-Goldberg-Hainau Kräker resp. Bethge, für Rawitsch Reinders, für Breslau und zwar für den Osten Bethge, für den Westen Kräker, für Görlitz-Lauban Grottkau resp. Otto Kapell. Die genannten Candidaten sollen dem Congreß resp. den Wahlkreisen empfohlen werden.

Zu 5 der Tagesordnung, betreffend die Gründung der socialdemokratischen Provinzialzeitung „Wahrheit" zu Breslau, ersucht Herr Reinders um die Unterstützung der Parteigenossen in der Provinz. Der hierauf eingebrachte Antrag: der schlesische Arbeitertag ersucht den Parteivorstand, die demnächst in Breslau erscheinende Zeitung Seitens der Partei zu unterstützen und Herrn Most als Mitarbeiter anzustellen. Ferner wird beschlossen, beim Congreß die Verschmelzung der beiden Organe „Socialdemokrat" und „Volksstaat" zu beantragen.

Ad 6 wird die Frage aufgeworfen, wie sich die Parteigenossen zu den Gewerkvereinlern (Hirsch-Duncker) zu verhalten haben. Dieselben werden als Gegner der Socialdemokraten erklärt und seien demgemäß zu behandeln. — Herr Reinders schloß hierauf den von zahlreichen Parteigenossen besuchten Arbeitertag mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen ihre Früchte tragen mögen. Vor den Wahlen soll übrigens noch eine berathende Versammlung stattfinden, die wahrscheinlich auf dem Vater Zobten abgehalten werden wird.

△ **Steinau a. O.**, 6. März. [Zur Ueberschwemmung. — Kiefernspinner.] Nachdem das Wasser in der Oder von vorgestern zu gestern nur zwei Zoll gefallen, ist es im Laufe des gestrigen Tages wieder einen Zoll gestiegen. Wir notirten gestern Abend an hiesigem Pegel 12 Fuß 9 Zoll Wasserhöhe. Die Beschädigungen am Treideldamme, an den Eisböcken und Jochen der hölzernen Oderbrücke treten — nachdem das Wasser einigermaßen weggefallen — deutlicher hervor und dürften die betreffenden Reparaturen und theilweisen Neubauten (zwei Eisböcke in unmittelbarer Nähe des Aufzuges werden durch neue ergänzt werden müssen) eine nicht unbedeutende Summe absorbiren. Der Treideldamm ist zwischen den beiden Brücken an einer Stelle durchbrochen und hat demnächst direct unter der Holzbrücke am meisten gelitten. — Der in den Vorjahren aus vielen Gegenden Schlesiens gemeldete Feind unserer Nadelwaldungen (hauptsächlich der Kiefernwälder) scheint auch in unseren Gegenden in verheerender Art aufzutreten, wenigstens trifft man bereits jetzt vor eintretender Vegetation in den einzelnen Forstbezirken der benachbarten Oberförsterei Schöneiche energische Maßregeln — dem Aufkommen resp. der Vermehrung des Kiefernspinners zu steuern. Es werden behufs dessen sämmtliche Stämme einige Fuß über der Erde in angemessenen Distanzen zwei bis dreimal geringelt d. h. in ziemlich breiten Einschnitten von der Rinde befreit und diese blosgelegten Ringe stark mit Theer überstrichen. Auf diese Weise sucht man das Emporkriechen der Raupe zu verhindern. Gleichzeitig aber bietet der aufgetragene Theer den freigelegten Stellen des Baumes Schutz und vermittelt ebenso die Heilung des Schnittes. Daß diese Procedur an sämmtlichen Stämmen auf dem Terrain einer Königlichen Oberförsterei eine ziemlich langweilige, auch eine ebenso kostspielige sein muß — ist wohl sehr einleuchtend. Wie wir von Sachverständigen erfahren haben, dürfte dieses Schutzmittel der Oberförsterei Schöneiche eine Ausgabe von 5- bis 6000 Thlr. verursachen.

§ **Striegau**, 6. März. [Zu den Wahlen. — Wohlthätigkeits-Concert. — Patriotische Erinnerungsfeier. — Berichtigung.] In Folge Ausscheidens durch Tod, Verzug oder anderen Ursachen sind aus Anlaß der bevorstehenden Abgeordnetenwahl am hiesigen Orte acht Wahlmänner-Ergänzungswahlen zu vollziehen. Die Vorbereitungen hierzu sind in vorschriftsmäßiger Weise getroffen, noch aber ist kein Wahl Termin festgesetzt. Aus letzterem Umstande wird in den Kreisen der Wählerschaft die Folgerung gezogen, daß die Königliche Regierung Angesichts des nahe bevorstehenden Landtagschlusses von der Anordnung einer Neuwahl abgesehen werden, zumal noch im Laufe d. J. die Abgeordnetenwahlen für die nächste Legislaturperiode stattzufinden haben. Uebrigens hat Generalconsul Rudolph Schramm den Wählern des diesseitigen Wahlkreises angezeigt, daß er gegenüber den systematischen Verdächtigungen, die selbst von liberaler Seite gegen ihn erhoben worden seien, und in Anbetracht der politischen Zerfahrenheit im hiesigen Wahlkreise auf ein Mandat für das Abgeordnetenhaus verzichtet. — Cantor Zimmer wird am nächsten Mittwoch mit dem hiesigen Gesangverein und unter Mitwirkung einer Anzahl hiesiger musikalischer Kräfte ein Vocal- und Instrumentalconcert veranstalten, das in seinem reichhaltigen, zumeist classischen Componisten entlehnten Programm den Musikfreunden einen genußreichen Abend verspricht und dessen Ertrag der Kasse des Pestalozzi-Vereins überwiesen werden soll. — Der hundertjährige Geburtstag der hochseligen Königin Luise wird am nächsten Freitag in sämmtlichen Schulen durch Gesänge und Declamationen Seitens der Schüler, sowie durch patriotische Ansprachen von Seiten der Lehrer festlich begangen werden. Am Abend findet unter Betheiligung der weiblichen Angehörigen eine gemeinsame Versammlung des „Wissenschaftlichen Vereins" und des „Gewerbevereins" statt, für welche Lehrer Friedrich den Festvortrag in Aussicht gestellt hat. — Die in Nr. 79 d. Ztg. enthaltene Notiz, betreffend den angeblichen Tod eines Arbeiters in Folge einer Schlägerei ist dahin zu berichtigen, daß letztere nicht in einem Branntweinladen, sondern auf der Straße stattgefunden hat, und der Betroffene noch längere Zeit seiner gewöhnlichen Beschäftigung nachgegangen ist. Der später eingetretene Tod ist somit nicht als eine unmittelbare Folge der erhaltenen Verletzungen zu betrachten.

△ **Oels**, 6. März.*) [Vorschuß-Verein.] Gestern wurde im Hotel zum goldenen Adler die General-Versammlung des hiesigen Vorschuß-Vereins abgehalten. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der Verein auf höchst solider Grundlage beruht und in jeder Hinsicht, Dank der vorzüglichen Leitung, an Ausdehnung und Vertrauen gewonnen hat. Die Zahl der Mitglieder stieg von 692 auf 745. Der Gesammt-Umsatz betrug 2,541,588 Mark. Verluste hat der Verein nicht erlitten. Zinsen sind eingenommen 38,815 Mark, ausgegeben 25,148 Mark, so daß nach Abzug von 4384 Mark Verwaltungskosten ein Reingewinn von 13,303 Mark verblieb. Hiervon sollen als Dividende 10,855 Mark, 12 pCt. des Mitglieder-Guthabens, verwendet werden, der Rest wurde nach Abzug von Remunerationen und Bewilligungen für gemeinnützige Zwecke dem Reservefonds überwiesen. Als zweites Vorstandsmitglied wurde Herr Kaufmann Liebeskind gewählt und in den Ausschuß die Herren Kammerrath Kleinwächter, Kaufmann Rimpler, Zimmermeister Richter und Heildiener Unger. Als nachahmenswerthes Beispiel sei angeführt, daß die Generalversammlung der Fortbildungsschule und der freiwilligen Feuerwehr je 100 Mark und dem Volksbildungsverein und der Klein-Kinder-Bewahranstalt je 60 Mark bewilligt hat.

*) Es fehlt an Raum. D. R.

—r. **Namslau**, 5. März. [Ueberschwemmung. — Ertrunkener. — Kreistagsvorlage.] Auch in hiesiger Gegend hat der Weidefluß seine Ufer weit überfluthet und die an ihm hinlaufenden tief gelegenen Wiesen so unter Wasser gesetzt, daß letzteres bis heut sich noch nicht völlig verlaufen hat. Die Besitzer dieser Weidewiesen sehen übrigens dieses fast alljährlich wiederkehrende Weideaustreten um so lieber, als ihre Wiesen dadurch eine ganz vorzügliche Düngung erhalten. Die diesjährige Weideüberschwemmung hat übrigens in Verbindung mit der in dieser Woche stattgefundenen Fastnacht ein Menschenleben zum Opfer gefordert. Der Ochsenmann Wanzek vom Dominium Damnig, hiesigen Kreises, hatte Anfang dieser Woche nach einem Wortwechsel mit seiner Ehefrau sich nach dem Wirthshause des nahen, über der Weide gelegenen Dorfes Wilkau begeben, um dort die Fastnacht zu feiern. Erst nach eingetretener Dunkelheit verließ er, jedenfalls im angetrunkenen Zustande, Wilkau und wollte wieder nach Damnig zurückkehren, wo er jedoch nicht wieder eintraf, weshalb mehrere Tage nach ihm gesucht wurde. Erst vorgestern wurde er, an einem Grabenrande, halb im Wasser liegend, todt aufgefunden. — Anscheinend aus Anlaß der in Nr. 88 dieser Zeitung besprochenen, der Stadt und dem Kreise Namslau durch die neue Justiz-Reorganisation bevorstehenden unübersehbaren Nachtheile hat der hiesige Kreisausschuß für die am 7. d. Mts. stattfindende Sitzung des Kreistages folgende Vorlage vorbereitet: „Wie — allerdings noch nicht officiell — verlautet, soll bei der bevorstehenden Gerichts-Reorganisation der Kreis Namslau dem in Brieg zu constituirenden Landgericht zugewiesen werden. Dies möchte hauptsächlich wegen der mangelhaften Verbindung, die zwischen dem hiesigen Kreise und der Stadt Brieg vorhanden, als ein Unglück für das Publikum des hiesigen Kreises anzusehen sein. Der Kreistag wolle daher beschließen, eine Petition an den Herrn Justizminister dahin zu richten, entweder falls in Oels ein Gericht constituirt werden sollte, den hiesigen Kreis diesem Gerichte zuzuweisen, (der Kreis Trebnitz hat petitionirt, nach Breslau überwiesen zu werden), oder ein Gericht für die Kreise Creuzburg, Namslau, Wartenberg und Oels nach Namslau, als in der Mitte liegend und durch Eisenbahn überall leicht erreichbar, auch event. bestimmte Schritte deshalb durch eine Deputation beim Herrn Minister in Erwägung zu nehmen." — Unzweifelhaft wird die Genehmigung zu dem erst gedachten Antrage, eine Zusammenlegung mit Oels betreffend, auch noch in späterer Zeit zu erreichen sein und darum dürfte es sich für die Kreistagsmitglieder empfehlen, für jetzt nur einzig und allein dahin zu petitioniren, daß nach Namslau ein Landgericht gelegt wird. Als Gründe hierfür lassen sich insbesondere anführen, daß Namslau von den dann hierher zu verlegenden Kreisen Oels, Polnisch-Wartenberg und Creuzburg aus überall sehr leicht durch Bahnverbindungen erreicht werden kann, daß es zwischen den genannten drei Kreisen genau im Mittelpunkte liegt, daß Namslau den vielen Beamten des zu etablirenden Landgerichts weit mehr, wie jeder andere Ort, in feuersicheren Häusern geräumige und sogar billige Wohnungen zu bieten vermag, und endlich, daß die Stadt und der Kreis Namslau vor allen anderen Orten, einer derartigen Berücksichtigung dringend bedarf, wenn ihre bisherigen Steuer-Verhältnisse nicht in erheblichster Weise alterirt werden sollen. Für's Allererste wird es nothwendig sein, den Herrn Oberpräsidenten durch rückhaltlose Darlegung der thatsächlichen Verhältnisse für diesen Antrag empfänglich zu machen.

≈ **Rosenberg**, 5. März. [Der hiesige Kreis,] der unter 51° nördlicher Breite und 37° östlicher Länge gelegen ist, enthält nach der Volkszählung vom 1. December 1875 auf 16,32 Quadratmeilen, von denen ⅝ i. e. 11 Quadratmeilen mit Königlichen und Privat-Forsten bedeckt sind, mit Einschluß von 330 am Zählungstage Abwesenden 45,993 Einwohner, welche in 2 Städten und 84 Ortschaften wohnen. Die Stadt Rosenberg zählt 3339, Landsberg 1130 und das platte Land 41,194 Seelen. Der Religion nach sind 38,869 Katholiken, 6158 Protestanten und 636 Juden. An gebrechlichen Bewohnern sind 37 Blinde, 60 Taube und 43 Schwachsinnige gezählt worden. Amtsbezirke enthält der Kreis 26, Gutsbezirke 43 und Standesämter 29. Gewerbliche und industrielle Etablissements, für die Zählbogen C. ausgegben worden ist, sind 65 im Kreise und zwar 2 Hochöfen, 1 Gasanstalt, 1 Buchdruckerei, 1 Gerberei, 3 Brauereien, 3 Ofenfabriken, 6 Ziegeleien, 15 Mühlen, als Dampfbrettschneide-, größere Wasser- und einige Bock-Windmühlen, 1 Knochenmühle, 1 Stärkefabrik, 3 Torfstiche und 28 Brennereien.

Kosel, 5. März. [Vorschuß- und Turnverein.] Dem Jahresberichte des hiesigen Vorschuß-Vereins gemäß hatte der genannte Verein im vorigen Jahre einen Kassenumsatz von 4,940,489 M. 74 Pf. erzielt. Der Reservefonds des Vereins beträgt 12,400 M., das Guthaben der Mitglieder 203,942 M. 82 Pf. Die Dividende belief sich auf 7 %. Der Verein zählt 479 Mitglieder. — Am 2. d. M. Abends 7 Uhr hielt der Männer-Turnverein im deutschen Hause eine General-Versammlung ab. Von den Mitgliedern waren fast alle erschienen. Der Tagesordnung gemäß wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Es wurden gewählt die Herren Director Ebstein zum Vorwart, Rendant Theusner zum Schriftwart, Stadt-Secretär Wienczjers zum Turnwart und Kaufmann A. Kahmer zum Kassenwart. Auch wurde beschlossen, das am 18. d. Mts. stattfindende Stiftungsfest feierlich im Saale des „Deutschen Hauses" zu begehen. Die Mitgliederzahl des Vereins beträgt 42.

[Notizen aus der Provinz.] * Lauban. Der hiesige „Anzeiger" meldet: Am Freitag erfolgte die Verhaftung des städtischen Steuer-Receptors Postawka. Derselbe hat sich mehrfacher Eingriffe in die ihm anvertrauten Kassen schuldig gemacht und sieht jetzt der gerichtlichen Bestrafung entgegen.

Liegnitz. Der hiesige „Anz." schreibt: Die erwähnte Petition, welche die Besetzung der vacanten Diaconatsstelle an der hiesigen Kirche zu Uns. Lieb. Frauen mit einem Geistlichen strenggläubiger Richtung anstrebt, ist vor einigen Tagen, von etwa 200 Unterschriften begleitet, an den Magistrat gelangt. Die große Mehrzahl der Unterschriften soll in den zur hiesigen Frauenkirche gehörigen Landgemeinden gesammelt worden sein, unter anderen hat Panthen allein 63 Namen gestellt. In der Stadt scheint die Sache, einige wenige prononcirte Persönlichkeiten ausgenommen, nicht viel Anklang gefunden zu haben. So wird erzählt, daß ein hiesiger geachteter Bürger, welcher bisher als der strengeren Richtung zugethan galt, bei Vorlegung der betreffenden Petition seine Unterschrift mit den beherzigungswerthen Worten abgelehnt habe: „Wer kann in Wahrheit sagen, daß er den rechten Glauben besitze?" — Für das Diaconat an der Niederkirche haben sich bisher gegen 20 Bewerber gemeldet. Da nun der Meldungstermin mit dem 10. März abläuft, so ist wohl auf eine größere Concurrenz nicht mehr zu rechnen und im Vergleich zu früheren Ausschreibungen eine recht merkliche Abnahme der Bewerber um geistliche Aemter, die doch gerade bei uns nicht schlecht dotirt sind, zu constatiren.

△ Neustadt OS. Die am 2. d. M. Abends abgehaltene Versammlung des kath. Volksvereins wurde durch den beaufsichtigenden Polizei-Inspector Klammt während des Vortrages des Kaplans aus Leuber aufgelöst.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

Posen, 6. März. [Der Wasserstand der Warthe] ist in andauerndem langsamen Fallen, und betrug Sonntag Nachmittags nur noch 16 Fuß, war also seit Sonnabend Morgens um 10 Zoll und seit dem Tage des höchsten Wasserstandes bereits um 2 Fuß 5 Zoll gesunken. — Oberhalb der Schrodkabrücke, wo am Donnerstage die Ufermauer auf eine Länge von 5 Metern eingestürzt, und in Folge dessen die angrenzende Ostrowek-Straße für die Passage von Fuhrwerken gesperrt worden war, stürzte Sonntag Vormittags aufs Neue ein bedeutendes Stück der Mauer nach, so daß eiligst Strauch- und Faschinenwerk mit Steinpackungen gelegt werden mußte, um ein weiteres Nachsinken des Ufers zu verhindern. Es sind dort bereits im Ganzen 250 Sandsäcke, sowie viele Fuhren Steine versenkt, auch mehrere Wagenladungen Strauch- und Faschinenwerk verwendet worden, um das Ufer nothdürftig zu befestigen. Wie man sieht, hat auch die unmittelbar an die Brücke angrenzende Ufermauer sehr bedeutend durch Eisgang und Hochwasser gelitten. — Es ist gelungen, die Gasröhren auf der Wallischei so weit von Wasser zu entleeren, daß das Gas wieder hindurchströmen kann. Wie die Sonntag Nachmittags angestellten Proben ergaben, brennten auf der Wallischei die Gasflammen wieder. — Die überschwemmten Straßen, von denen das Wasser bereits zurückgetreten ist, tragen auch die deutlichen Spuren der Ueberfluthung. Auf einzelnen Strecken derselben ist der Kies zwischen dem Steinpflaster ausgespült, auf anderen dagegen hat sich eine Ueberschwemmungsschicht von fetter Erde abgelagert; auch liegen noch auf vielen dieser Straßen (so auf der Großen Gerberstraße) die großen Balken, mittelst deren die Laufbrücken hergestellt wurden. Die Große Gerberstraße und Wallischei sind gegenwärtig vollkommen wasserfrei, dagegen stehen die Keller auf beiden Straßen und auf der Wallischei, auch einige tiefgelegene Parterrewohnungen, noch unter Wasser. Die Inhaber mancher überschwemmten Kellerwohnungen auf der Gr. Gerberstraße haben vor ihren Kellerthüren ihren früheren Victualienkram aufgeschlagen, wiewohl ihre Wohnungen selbst noch 4—5 Fuß unter Wasser stehen. An ein Herauspumpen des Wassers aus diesen Kellern ist bei dem jetzigen Wasserstande noch nicht zu denken, da dieselben sich von unten her stets aufs Neue füllen würden. Dagegen waren in einigen höher gelegenen Kellern (z. B. an der Ecke der Langen- und der Schießgasse), in die das Wasser durch die Fenster eingedrungen war, Sonntag Nachmittags bereits Pumpen mit Erfolg in Thätigkeit. Auf der Eichwaldstraße steht das Wasser noch ca. 7 Fuß hoch. — Der Wasserstand der Warthe betrug heute Morgens nur noch 15 Fuß 6 Zoll. — Die Reparaturarbeiten Behufs Befestigung des Ufers oberhalb der Schrodkabrücke sind in der vergangenen Nacht aufs Neue vom Strome weggerissen worden. (Pos. Z.)

Berlin, 6. März. Der gestrige Privatverkehr blieb geschäftslos auf allen Gebieten. Franzosen matt. Der Schluß war im Allgemeinen schwächer. Oesterreichische Creditactien 310—311—309½, Lombarden 187½, Franzosen 502½—499½, Galizier 85¾, Nordwestbahn 244,75, 60er Loose 114¾, Ita-

lienische Rente 71 Br., Türken 18,70, Berlin-Dresdener St.-A. 33⅛, Bergisch-Märkische Eisenbahn 84—83½—3¾, Görlitzer 45¼—46, Köln-Mindener Eisenbahn 101,60—101,90, Rheinische Eisenbahn 117¾—118, Oberschlesische 143½ Gd., Disconto-Commandit 127¼—128¼—127¾, Reichsbank-Anth. 159—159¼, Darmstädter B. 111½, Laurahütte 61—61,60—61¼, Central-Industrie-Bank 73—73¼ bez. Gd.

Der heutige Verkehr zeigte einen Anflug von Schwäche, die jedoch meistens durch Realisationslust erzeugt war. Coursbewegung und Umfang des Geschäftes ließen gegen die lebhaften Tage der vorangegangenen Woche einen größeren Abstand erkennen, doch war die Stimmung nicht eigentlich matt. Die internationalen Speculationspapiere gingen mäßig belebt um und hielten sich unter geringen Schwankungen meist im Niveau vom Sonnabend. (Bank- u. H.-Ztg.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 6. März, Nachmittags. [Effecten-Societät.] Londoner Wechsel 204, 75, Pariser Wechsel 81, 37, Wiener Wechsel 176, 70, Böhmische Westbahn 161¼, Elisabethbahn 142½, Galizier 171½, Franzosen*) 249, Lombarden*) 93½, Nordwestbahn 122¼, Silberrente 63¾, Papierrente 60, Russ. Bodencredit 85½, Russen 1872 99⅞, Russ. Anleihe de 82 —, Amerikaner de 1885 100¾, 1860er Loose 114⅜, 1864er Loose 295, 40, Creditact. 154⅞, Oest. Nationalb. 783, 00, Darmstädt. B. 111⅛, Brüsseler B. —, —, Berliner Bankverein 79½, Frankf. Bankverein —, dto. Wechslerbank 79⅝, Deutsch-österreichische Bank 90⅝, Meininger Bank 76⅜, Hahn'sche Effectenbank —, Reichsbank 159, Continental —, , Hess. Ludwigsbahn 102½, Oberhessen 72½, Ungarische Staatsloose 163, 50, do. Schtzw. alte 93⅝, do. neue 92¼, Central-Pacific 92½, Türken —, Ung. Ostb.-Obl. II. 65¼. Deutsche Vereinsbank —. Pardubitzer Actien —. Schwach bei sehr beschränkten Umsätzen. Privatdiscont 2⅝ pCt.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 154¾, Franzosen 248¾, Lombarden 93½, Galizier —, 1860er Loose —. Oesterreichisch-deutsche Bank —. Reichsbank —.

*) Per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 6. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 116¼, Silberrente 63 Credit-Actien 154¼, Nordwestbahn —, 1860er Loose 114¾, Franz. 621, Lombarden 232, Ital. Rente 71, Vereinsbank 117¼, Laurahütte 60¾, Commerzbank 88½, do. II. Emission —, —, Provinzial-Disconto —. Norddeutsche 130⅜, Anglo-deutsche 55⅞, Internationale Bank 87, Amerikaner de 1885 96¼, Köln-Mindener St.-A. 102, Rheinische Eisenbahn do. 118¼, Bergisch-Märkische do. 83¾, Disconto 2¾ pCt. — Still.

Hamburg, 6. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco matt, auf Termine fester. Roggen loco still, auf Termine fest. Weizen pr. März 200 Br., 199 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 204 Br., 203 Gd. Roggen pr. März 145 Br., 144 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 147 Br., 146 Gd. — Hafer ruhig. — Gerste matt. — Rüböl still, loco 66½, pr. Mai 64, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 64. Spiritus ruhig, pr. März 34½, pr. April-Mai 35¼, per Juni-Juli 35¾, per Juli-August per 100 Liter 100% 36¾. — Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum matt, Standard white loco 11, 70 Br., 11, 50 Gd., per März 11, 50 Gd., per August-December 12, 00 Gd. — Wetter: Regnerisch.

Liverpool, 6. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 15,000 Ballen. Zu vollen Preisen gehandelt. Tagesimport 13,000 Ballen, davon 9000 B. amerikanische.

Liverpool, 6 März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 18,000 Ballen, davon für Speculation und Export 4000 B. Stramm. Fair Surats 1/16 höher. Ankünfte zu vollen Preisen gehandelt.

Middl. Orleans 6 9/16, middl. amerikanische 6¼, fair Dhollerah 4⅞, middl. fair Dhollerah 3⅞, good middl. Dhollerah 3⅝, middl. Dhollerah 3⅜, fair Bengal 4, good fair Broach 4⅝, new fair Oomra 4 3/16, good fair Oomra 4 9/16, fair Madras 4 3/16, fair Pernam 6⅞, fair Smyrna 5⅝, fair Egyptian 6⅞.

Newyork, 6. März, Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Gold-Agio 14⅝. Wechsel auf London 4, 86. Bonds de 1885 5/20 118. 5% fundirte Anleihe 119. Bonds de 1887 5/20 121¼. Erie 18⅛. Central-Pacific —, —. New-York Centralbahn —, —. Baumwolle in New-York 12¾, do. in New-Orleans 12⅜. Raff. Petroleum in New-York 14. Raffinirtes Petroleum in Philadelphia 13⅞. Mehl 5, 05. Mais (old mixed) 68. Rother Frühjahrsweizen 1, 35. Kaffee Rio 17. Havanna-Zucker 7½. Getreidefracht 7¼. Schmalz (Marke Wilcox) 13¾. Speck (short clear) 12⅞. Wetter: —.

Antwerpen, 6. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen unverändert. Roggen stetig. Hafer ruhig. Gerste behauptet.

Antwerpen, 6 März, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 29 bez., 29½ Br., per März 29 bez., 29¼ Br., per April 29¼ bez., 29½ Br., pr. September 30½ Br., per September-December 31 Br. Steigend.

Bremen, 6. März, Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standart white loco und pr. März 11, 60 bez., pr. April-Mai 11, 75, pr. Sept.-October 12, 25. Fest.

London, 6. März. Wollauction. Australische fleece 1¼—2, greasy 1 D. billiger als bei Eröffnung der Auction; für Cape wurden kaum die niedrigsten Decemberpreise bezahlt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 6. März, Abends. Mac Mahon nahm die Demission Meaux an und beauftragte Say interimistisch mit dem Handels-Ministerium.

Paris, 6. März. Bis jetzt sind 102 Resultate der gestrigen Stichwahlen bekannt. Es sind gewählt 11 Conservativ-Constitutionelle, 14 Mitglieder des linken Centrums, 31 Republikaner, 10 Radicale, 27 Bonapartisten und 9 Legitimisten. Rouher wurde in Ajaccio gewählt.

Madrid, 6. März. Ein Decret ordnet die Entlassung des Jahrganges 1870 und der verheiratheten Soldaten an.

London, 6. März, Abends. Unterhaus. Wolff bringt den Antrag ein, die Regierung möge im Einvernehmen mit den Mächten unter Berücksichtigung der dem Sultan, dem Khedive und den Actionären der Suezgesellschaft zustehenden Rechte dahin streben, die Neutralität des Canals und die Controle über die Verwaltung der internationalen Garantie zu unterstellen. Disraeli erklärt Cartwright, die Regierung lehnte die Delegirung eines englischen Commissars an die Verwaltung der neuen egyptischen Bank ab, weil hierdurch geschäftliche Beziehungen zwischen der Regierung und der Bank entstanden wären. Die Regierung hätte die Frage nur erwägen können, wenn dem Commissar die Aufgabe gestellt wäre, bestimmte Staats-Einnahmen in Empfang zu nehmen, um sie zur Verminderung der egyptischen Staatsschuld zu verwenden.

London, 6. März, Nachts. Das Unterhaus bewilligte im Fortgange der Sitzung die dritte Lesung des Credits für den Ankauf der Suezactien. Bei der Debatte mißbilligte Gladstone die Veröffentlichung des vertraulichen Schreibens Lange's an Granville. Die Regierung müsse auf der Wiedereinsetzung Lange's bestehen. Lessep's suchte ohne Zweifel eine Gelegenheit, um zu zeigen, er sei trotz Englands immer Herr des Unternehmens. Disraeli vertheidigte das Verhalten der Regierung und wies darauf hin, daß Seitens Lange's der Regierung eine Beschwerde nicht zuging.

Sitzung der Leichenschaujury in Poplar. Der Vertreter der britischen Regierung zeigte an, die Regierung werde eventuell das Criminalverfahren gegen den Capitän Kuhn einleiten. Der Civilingenieur bestätigt die Aussagen Harringtons; der erste Steuermann, der erste und zweite Maschinist, der Schiffszimmermann, Bootsmann und Westphal sagen wie die früheren Zeugen aus. Die Sitzung wurde auf Mittwoch vertagt.

Haag, 6. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde der Gesetzentwurf, betreffend die internationale Convention über die Besteuerung des Zuckers, mit 56 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Die Regierung zog in Folge dessen ihren Gesetzentwurf über die Regelung der Zuckersteuer zurück.

(Aus L. Hirsch's Telegr.-Bureau.)

Paris, 6. März. Leverrier wies seine Ernennung zum Mitgliede der Berliner Akademie zurück.

Berliner Börse vom 6. März 1876.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	169,50 bz
do. do.	2 M.	3	168,65 bz
London 1 Lstr.	3 M.	4	20,31 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	4	81,30 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	261,80 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	263,90 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	176,30 bz
do. do.	2 M.	4½	175, 0 bz

Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4½% consol.	4½	105,10 bz
do. 4%ige	4	99,30 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,00 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	132,25 etbzB
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,50 bz
Pfandbriefe. Berliner	4½	101,70 bz
Pommersche	3½	84,25 bz
Posensche neue	4	94,90 bz
Schlesische	3½	85,90 bz
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	97,90 bz
Pommersche	4	97,25 bz
Posensche	4	96,90 bz
Preussische	4	97,20 B
Westfäl. u. Rhein.	4	98,75 bzG
Sächsische	4	98,50 bz
Schlesische	4	97,50 G
Badische Präm.-Anl.	4	123,30 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	123,00 bzG
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	109,25 bzG

Kurh. 40 Thaler-Loose 258,00 G
Badische 35 Fl.-Loose 140,00 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 83,70 bz
Oldenburger Loose 138,60 bz

Ducaten 9,56 bz	Fremd. Bkn. 99,83 G
Sover. 20,42 bz	einl. i. Leip. — —
Napoleons 16,25 G	Oest. Bkn. 176,65 bz
Imperials 16,66 G	Russ. Bkn. 264,50 bz
Dollars 4,16 G	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	5	101,00 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	99,00 bzG
do. do.	5	100,00 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,25 bz
Unkünd. do. (1872)	5	101,50 bz
do. rückzb. à 110	5	107,00 bzG
do. do. do.	4½	98,50 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B	5	—
do. III. Em. do.	5	103,00 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	99,50 G
Hyp.-Anth. Nord.-G. C. B	5	101,00 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105,75 G
do. do. II. Em.	5	101,75 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	109,50 bz
do. do. II. Em.	5	106,60 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	103,20 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	96,30 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	102,60 bzG
Oest. Silberpfandbr.	5½	55,00 B
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	88,75 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100,00 G
do. do.	4½	94,00 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,75 G
do. do. 4½%	4½	98,00 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4 1/5	63,40 bz 1/4.
(1/1. 1/7. u. 1/4. 1/10.)		[1/10. 63,20 bz
do. Papierrente	4 1/5	60,20 bz 1/5.
(1/2. 1/8. u. 1/5. 1/11.)		[1/11. 60 bzG
do. 54er Präm.-Anl.	4	107,40 bz
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	114,75 bzG
do. Credit-Loose	—	342,00 bz
do. 64er Loose	—	294,00 bzB
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	180,50 bz
do. do. 1866	5	179,90 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	86,70 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	90,50 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	87,10 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	—
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	68,60 B
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,80 bzG
do. do. 1885	6	100,80 bzG
do. 5% Anleihe	5	102,00 bz
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	71,40 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	106,60 bzG
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	77,90 G
Rumänische Anleihe	8	103,50 bz
Türkische Anleihe	5	19,25 bzB
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	72,80 bzG

Schwedische 10 Thlr.-Loose 49,50
Finnische 10 Thlr.-Loose 41,00 bz
Türken-Loose 43,80 bzB

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	99,40 bz
do. III, v. St. 3½ g.	3½	85,20 G
do. do. VI.	4½	97,80 bzG
do. Hess. Nordbahn	5	103,50 G
Berlin-Görlitz	5	102,50 B
do.	4½	93 bzG
do. Lit. C.	4½	91,60 G
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	97 G
do. do. E.	4½	— —
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	91,00 B
do. do. J.	4½	90,25 G
do. do. K.	4½	90 bzG
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	90,50 G
do. Lit. B.	4½	99,90 G
do. IV.	4	92 bzG
do. V.	4	99 G
Halle-Sorau-Guben	5	94,00 bzG
Hannover-Altenbeken	4½	95 G
Märkisch-Posener	5	—
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97 G
do. do. II. Ser.	4	96 B
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,50 B
do. do. III. Ser.	4	96,75 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	92 B
do. E.	3½	83 B
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	98,75 bz
do. H.	4½	101,00 B
do. von 1869	5	103,75 B
do. von 1873	4	—
do. von 1874	4½	98,20 bz
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	92,25 G
do. do.	5	103,75 G
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	99,50 G
do. do. III. Em.	4½	99,50 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	— —
Schlesw. Eisenbahn	4½	99 G
Chemnitz-Komotau	5	25,10 G
Dux-Bodenbach	5	46,25 bz
do. II. Emission	5	35,25 etbz
Prag-Dux	fr.	23,10 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	85,40 bz
do. do. neue	5	82,50 bzG
Kaschau-Oderberg	5	64,80 bz
Ung. Nordostbahn	5	61,00 bzG
Ung. Ostbahn	5	68,30 bz
Lemberg-Czernowitz	5	68,75 bzG
do. do. II.	5	72,10 bz
do. do. III.	5	64,10 bz
Mährische Grenzbahn	5	65,00 bzB
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	24,75 G
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	71,70 bz
Oesterr.-Französische	3	320,50 bz
do. do. II.	3	307,25 bz
do. südl. Staatsbahn	3	241,25 bz
do. neue	3	241,25 bz
do. Obligationen	5	82,00 etbzB
Warschau-Wien II.	5	98,50 bzG
do. III.	5	95,50 bz
do. IV.	5	93,00 bz
do. V.	5	89,70 bz

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen-Mastricht	1	—	4	25,25 bz
Berg.-Märkische	3	—	4	83,90-75 bz
Berlin-Anhalt	8½	—	4	112 bz
Berlin-Dresden	5	—	5	32,50 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	45,50-25 bz
Berlin-Hamburg	12½	—	4	172 G
Berl. Nordbahn	0	—	fr.	— —
Berl.-Potsd.-Magdb.	1½	—	4	77,50 bz
Berlin-Stettin	9 11/20	—	4	128,50 bz
Böhm. Westbahn	5	5	5	80,75 b.B
Breslau-Freib.	7½	—	4	82,75 bz
Cöln-Minden	6 9/20	—	4	102,50 bz
do. Lit. B.	5	5	5	97,75 bzB
Cuxhaven. Eisenb.	6	6	6	— —
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	7 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	8½	—	4	85,70-50 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	12,50 bz
Hannover-Altenb.	0	—	4	18,90 bz
Kaschau-Oderberg	5	—	5	52 bzB
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	54 bz
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	177 G
Märk.-Posener	0	—	4	23 bz
Magdeb.-Halberst.	3	—	4	67,50 bz
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	230,25 bz
do. Lit. B.	4	—	4	94,25 bzG
Mainz-Ludwigsh.	6	—	4	102,50 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	98,60 B
Oberschl. A.C.D.E.	12	—	3½	143-43,25 bz
do. B.	12	—	3½	132 bzG
Oesterr.-Fr. St.-B.	8	—	4	499,50-97 bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	244,80 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	1⅛	—	4	187-88 bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	30,30 bz
Rechte-O.-U.-Bahn	6¼	-	4	106,75-50 bz
Reichenberg-Pard.	4½	4½	4½	57,60 bz
Rheinische	8	-	4	118,50-50 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	93 G
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	17 bzG
Rumän. Eisenbahn	4	—	4	26-26 bz
Schweiz Westbahn	0	—	4	17,10 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,40 B
Thüringer Lit. A.	7½	—	4	115,10-20 bz
Warschau-Wien	10	—	4	203,25 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	4	—	5	85 bz
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	—
Breslau-Warschau	0	0	5	29,50 G
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	— —
Hannover-Altenb.	0	0	5	38,75 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	2½	—	5	— —
Märkisch-Posener	0	—	5	66,90 bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	61,75 bz
do. Lit. C.	5	5	5	91 bzG
Ostpr. Südbahn	3½	—	5	74 bz
Pomm. Centralb.	0	—	fr.	—
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	109,25 bzG
Rumänier	8	8	8	82,80 bzB
Saal-Bahn	2½	0	5	29,60 bzG
Weimar-Gera	5	2½	5	29,25 bz

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G.	5	—	4	conv. 24,75 G
Anglo Deutsche Bk.	0	3	4	55 G
Berl. Kassen-Ver.	19 1/5	17,7	4	190 B
Berl. Handels-Ges.	7	5	4	90 bz
do. Prod.-u. Hdls.-B.	10½	9½	4	86,25 bzG
Braunschw. Bank.	7½	—	4	89,00 bzG
Bresl. Disc.-Bank	4	—	4	65,25 bz
Bresl. Maklerbank	0	—	4	— —
Bresl. Makl. Ver.-B.	4	4	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3½	4	4	67 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	—	4	65 G
Danziger Priv.-Bk.	6	7	4	115,10 G
Darmst. Creditbk.	10	6	4	111,75 bz
Darmst. Zettelbk.	6¼	5¼	4	95,10 G
Deutsche Bank	5	—	4	78,90 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	159,25 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	—	4	93,50 bzB
Deutsche Unionsb.	3	0	fr.	78,80 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	12	—	4	127,80 bz
Genossensch.-Bnk.	6	5½	4	90 G
do. junge	6	5½	4	96 bzG
Gwb. Schuster u. C.	0	—	4	13,90 bz
Goth. Grundcredb.	9	—	4	107,75 bz
Hamb. Vereins-B.	11 1/6	9 4/9	4	117,50 bz
Hannov. Bank.	6⅔	6 7/15	4	102,50 bzG
do. Disc.-Bank	0	—	4	87,75 G
Königsb. Ver.-Bank	5½	5¼	4	83,25 G
Ldw.-B. Kwilecki	6½	—	4	— —
Leipz. Cred.-Anst.	9½	7	4	121,50 bzG
Luxemburg. Bank	9	—	4	105,25 G
Magdeburger do.	5½	5½	4	104,75 G
Meininger do.	4	—	4	75,75 bz
Moldauer Lds.-Bk.	3	—	4	—
Nordd. Bank	10	6⅔	4	130 bz
Nordd. Grundcr.-B.	9½	9	4	101,10 bzG
Oberlausitzer Bk.	0	2	4	54 B
Oest. Cred.-Actien	6⅞	—	4	309-9 bz
Posner Prov.-Bank	6	2½	4	98,75 G
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	101,75 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	118,50 bzG
Sächs. Bank	10⅛	—	4	121,50 bzG
Sächs. Cred.-Bank	5	5½	4	82 G
Schl. Bank-Verein	6	—	4	82 B
Schl. Vereinsbank	5	—	4	87,50 bzG
Thüringer Bank	6	—	4	73,50 bzG
Weimar. Bank	5¼	—	4	59 bzB
Wiener Unionsb.	5	—	4	129 bzG

In Liquidation.

Berliner Bank	0	—	fr.	66,75 G
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	79 bz
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	5,10 G
Berl. Prod.-Makl.-B.	0	—	fr.	— —
Berl. Wechsler.-B.	0	—	fr.	37 G
Br.-Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
do. Hand. u. Entrep.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	89,10 bzG
Hessische Bank	0	—	fr.	56,90 bz
Ndrschl. Cassenv.	0	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank	6	—	fr.	81,70 bzG
Pos. Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	50 bzG
Pr. Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	— —
Schl. Centralbank	2	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	9,25 bz

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd.-A.	7½	—	fr.	123 bzB
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	20 bzG
do. Reichs-u. Co.-E.	4	—	4	70,75 bzG
Märk. Sch. Masch. G.	0	—	4	18,50 bzG
Nordd. Gummifab.	5½	—	4	49 bzG
do. Papierfabr.	4	—	4	19 B
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	4,30 bzG
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18 3/5	18	4	126,50 bzB
Schles. Feuervers.	17	—	4	585 B
Donnersmarkhütte	4	—	4	18,75 G
Dortm. Union	0	—	4	11,25 bzG
Königs- u. Laurah.	10	—	4	61,60 bz
Lauchhammer	0	—	4	21,10 G
Marienhütte	7½	—	4	65,50 G
Moritzhütte	0	—	4	20 G
OSchl. Eisenwerke	1	—	4	6 B
Redenhütte	0	—	4	4,10 B
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	13 G
Schl. Zinkh.-Actien	7	—	4	80,50 bzG
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	89 bzB
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	48 G
Vorwärtshütte	1	—	4	15 G
Baltischer Lloyd	0	—	4	37,50 bzB
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	21 G
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	6⅔	4	52 B
do. ver. Oelfabr.	5	—	4	48,75 bzG
Erdm. Spinnerei	4	—	4	25,10 G
Görlitz. Eisenb.-B.	2⅔	—	4	41 bzG
Hoffm's Wag. Fabr.	0	—	4	13 etbzG
O.-Schl. Eisenb.-B.	2	—	4	32,25 bzG
Schl. Leinenind.	7⅔	—	4	86,25 G
S. Act.-Br. (Scholtz)	0	—	fr.	— —
do. Porzellan	0	—	4	19 G
Schl. Tuchfabrik	0	—	4	— —
do. Wagenb.-Anst.	0	—	fr.	— — 81 G
Schl. Wollw.-Fabr.	0	—	4	25 G conv.
Wilhelmshütte M.A.	4	—	4	46 G

Rechte Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft.

Einnahme pro Februar 1876.

	1876 nach vorläufiger Feststellung:	1875 nach berichtigter Feststellung:
1) vom Personen-Verkehr / 2) vom Gepäck-Verkehr	79,400 Mark	71,014 Mark
3) vom Güter-Verkehr	618,500 „	536,279 „
4) außerdem	63,000 „	63,000 „
Summa	760,900 Mark.	670,293 Mark.

Ueberhaupt mehr 90,607 Mark. Von Anfang des Jahres ab 1,521,980 Mark. Gegen das Vorjahr mehr 141,805 Mark.

Berlin, 6. März. [Productenbericht.] Roggen eröffnete mit höheren Preisen, die jedoch reichliches Angebot an den Markt riefen, so daß die Haltung bald wieder erschlaffte. Loco hat die ziemlich bedeutende Zufuhr zu festen Preisen schlanke Verwendung gefunden. — Roggenmehl etwas fester. — Weizen höher einsetzend, wurde später durch reichlichere Anerbietungen genöthigt, einen Theil der Besserung wieder aufzugeben. — Hafer loco matt. Termine unbeachtet. — Rüböl ohne wesentliche Aenderung. — Spiritus etwas höher, doch zum Schluß eher wieder matt.

Weizen loco 175—213 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, pr. Februar-März — M. bez., pr. April-Mai 196½—196 M. bez., pr. Mai-Juni 200½—199½ M. bez., pr. Juni-Juli 205—204 M. bez., pr. Juli-August 207—206½ M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 210—209½ M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 148—158 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, russischer 149—151 M. bez., polnischer 151—152 M. bez., inländischer 155—157 M. bez., defecter russischer 147 M. ab Bahn bez., pr. Frühjahr 151—150½ M. bez., pr. Mai-Juni 150—149½ M. bez., pr. Juni-Juli 150½—150—149 M. bez., per Juli-August 150½—150 M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 152—151 M. bez. — Gerste loco 132—177 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loco 135—182 M. nach Qualität gefordert, ostpreußischer 150—172 M., westpreußischer 150—172 M., russischer 150—172 M., pommerscher 170—175 M. bez., mecklenburgischer 170—175 M. bez., böhmischer 170—175 M. ab Bahn bez., pr. Frühjahr 161½—161 M. bez., pr. Mai-Juni 162 M. bez., pr. Juni-Juli 163 M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Erbsen: Kochwaare 173—210 M., Futterwaare 165—170 M. Weizenmehl pr. 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 27,00—26,00 M. bez., Nr. 00: — M. bez., Nr. 0 und 1: 25,50—27,00 M. bez. — Roggenmehl Nr. 0: 23,50—22,50 M., Nr. 0 und 1: 21,00—19,50 M. bez. — Roggenmehl pr. 100 Klo Br. incl. Sack.

Spiritus loco „ohne Faß" per 10,000 pCt. 43,8 M. bez., „mit Faß" pr. April-Mai 45,6—8—5 M. bez., pr. Mai-Juni 46,2—46 M. bez., pr. Juni-Juli 47,2 M. bez., pr. Juli-August 48—8—6 M. bez., pr. August-September 49,8—6 M. bez., pr. Februar-März 44,8 M. bez., pr. März-April 44,8 M. bez.

§ **Striegau**, 6. März. [Vom Productenmarkte.] Auf dem heute abgehaltenen Wochenmarkte, der in Folge der schlechten Landwege nur schwach von Verkäufern und Käufern besucht war, stellten sich die Preise für Getreidearten und Hülsenfrüchte ganz genau den im Monat Februar gezahlten Durchschnittspreisen gleich. Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm weißer Weizen 17,50—18,50—19,50 Mark, gelber 16,50—17,50—18,50 Mark, Roggen 14,50—15,50—16,50 Mk., Gerste 13,75—14,75—15,75 Mk., Hafer 16,00 bis 17,00—18,00 Mk, Erbsen 23,50 Mk., Bohnen 21 Mk., Linsen 46 Mk., Kartoffeln 3,91 Mk., Richtstroh 9,00 Mk., Krummstroh 8,00 Mk., Heu 11,04 Mk. Von den übrigen Marktartikeln kosteten Rindfleisch pro 1 Kilogramm 1,00 Mark, Schweinefleisch 1,20 Mk., Kalbfleisch 0,80 Mk., Hammelfleisch 1,00 Mk., Speck 2,00 Mk., Butter 1,94 Mk., Weizenmehl 35 Pf., Roggenmehl 27 Pf., Graupe 70 Pf., Grütze 60 Pf., Hirse 36 Pf.; Kaffee 2,60—3,80 Mk., Salz 20 Pf., Schweineschmalz 2,00 Mk., Eier pro Schock 3,18 Mk.

⊕ **Breslau**, 7. März, 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen sehr ruhig, bei mäßigem Angebot und unveränderten Preisen.

Weizen, zu notirten Preisen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 15,70 bis 18,00—19,50 Mark, gelber 15,50—16,75—18,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 13,80 bis 14,50—16,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwach behauptet, per 100 Kilogr. 12,50—14,50 bis 15,50 Mark, weiße 16,00—17,00 Mark.

Hafer blieb gut beachtet, per 100 Kilogr. 15,20—16,50—17,80 Mark, feinster über Notiz.

Mais gut verkäuflich, per 100 Kilogr. 11,00 bis 12,50 Mark.

Erbsen gut behauptet, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen gut behauptet, per 100 Kilogr. 14,80—15,80—16,50 Mk.

Lupinen, nur feine trockene Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. gelbe 9,60—11,30 Mark, blaue 9,50—11,40 Mark.

Wicken hoch gehalten, per 100 Kilogr. 18,00—19,00 21,00 Mark.

Oelsaaten ohne Umsatz.

Schlaglein matter.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	27	—	25	—	22	25
Winterraps	30	—	29	—	28	—
Winterrübsen	29	—	28	—	26	—
Sommerrübsen	30	25	29	25	27	50
Leindotter	26	—	25	—	24	—

Rapskuchen matter, pr. 50 Kilogr. 7,30—7,60 Mark.

Leinkuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 9,20—9,70 Mark.

Kleesamen schwach zugeführt, rother ruhiger, pr. 50 Kilogr. 56—61 bis 63—68 Mark, weißer ohne Zufuhr, pr. 50 Kilogr. 78—85—88—90 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee mehr offerirt, pr. 50 Kilogr. 30—32—34 Mark.

Mehl in matter Haltung, pr. 100 Klgr. Weizen fein alt 29,25—30,25 Mark, neu 25,50—26,25 Mark, Roggen fein 25,50—26,50 Mark, Hausbacken 24,25—25,25 Mark, Roggen-Futtermehl 10—11 Mark, Weizenkleie 8 bis 8,75 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 6. 7.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	326''',96	325''',11	327''',01
Luftwärme	+ 6°,0	+ 6°,2	+ 2°,9
Dunstdruck	2''',53	2''',80	1''',90
Dunstsättigung	74 pCt.	81 pCt.	73 pCt.
Wind	SW. 2	NW. 3	NW. 2
Wetter	trübe.	heiter.	wolkig.

Breslau, 7. März [Wasserstand.] O.-P. 6 M. 20 Cm. U.-P. 3 M. 10 Cm.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.